

PROTOKOLL

über die 44. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 23. Mai 1996, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Edith Radmoser, Gerhard Bremm, Hermann Ruprecht, Roman Eichhübl, Dr. Tilman Schwager, Karl Holub, Wilhelm Spöck, Ing. Othmar Schloßgangl, Franz Straßer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Strobl, Leopold Tatzreiter, Marco Vanek, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler

VOM AMT:

Felicitas Bauer, MR Dr. Kurt Schmidl, Ulrike Fuchs, SR Dr. Gerhard Alphasamer, Günther Fürweger, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Walter Gabath, Gerald Hackl, Richard Gollatsch, OAR Walter Kerbl, Hans-Dieter Götz, Engelbert Huber, Anna Jeloucan, Engelbert Lengauer

PROTOKOLLFÜHRER:

Helmut Oberreiter, OAR Anton Obrist, Walter Oppl, Heidi Wagner, Hans Payrleithner, Mag. Harald Philipps

T a g e s o r d n u n g

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer.
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates

gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

1) Fin-99/96 Diverse Darlehen; Vertragsänderungen.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

2) Ha-2517/91 Verein „Frauen für Frauen“; Subvention für
das Jahr 1996.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

3) Fin-246/95 Filmprojekt Ninaus „Die schwarzen Grafen“ -
Förderung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

4) Umw-16/96 Ankauf eines Datenerfassungsgerätes für
Lärmmessungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

5) Stw-32/96 Stadtbad Steyr; Tarifregulierung in den Bereichen Sauna und Freibad.

6) Stw-24/96 Städtisches Wasserwerk; Umbau und Strukturanpassung der Fernwirk- und Fernmeldeanlage; Auftragsvergabe.

7) Präs-040/96 Städt. Verkehrsbetrieb; Abänderung der Behindertenregelung; Herbeiführung eines Gemeinderatsbeschlusses zur Beantragung bei der Kraftfahrlinienbehörde.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

8) BauGru-79/95 Auflassung eines Teilbereiches der Hinterbergstraße.

9) VerkR-302/94 Errichtung der Nordspange.

1. Auflassung von Verkehrsflächen der Gemeinde

2. Neueinreihung von Verkehrsflächen der Gemeinde

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

10) ÖAG-43/95 Erwerb von Liegenschaftsanteilen am Objekt Färbergasse 7 durch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr.

11) Bau2-86/93 Verkauf der sogenannten Knoglergründe an die Styria Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft sowie die GWG der Stadt Steyr GesmbH.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße sie recht herzlich. Ich stelle fest, daß diese Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer wurden die Koll. Walter Gabath und Engelbert Huber gemeldet. Nehmen die beiden Herren die Funktion an? Jawohl! Entschuldigt haben sich die GR Brandstötter, Jansky, die Frau GR Lohnecker, GR Rohrauer, GR Thummerer. GR Bachner wird etwas später kommen. Er mußte vorher noch ins Krankenhaus.

Wir kommen zu Pkt. 2) der Tagesordnung - Behandlung allfälliger Anfragen.

Hr. GR. Engelbert Lengauer hat mit Schreiben vom 13.5.96 folgende Anfrage an die Frau Vizebürgermeister Friederike Mach gerichtet. Ich bitte, daß die Frau Koll. Mach sowohl die Anfrage verliest und auch die Beantwortung vornimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Die Anfrage des Hrn. GR. Lengauer lautet: Betrifft Anfrage GR-Sitzung an Fr. Vizebürgermeisterin Mach. Sehr geehrter Hr. Bürgermeister! Gem. § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes der Stadt Steyr richte ich folgende schriftliche Anfrage an Frau Vbgm. Friederike Mach:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, Sie konnten leider wegen eines Studienaufenthaltes im Ausland an der Sitzung des Steyrer Beirates für Integrationsfragen am 6. Mai nicht teilnehmen. Bei dieser Sitzung mußten wir erfahren, daß Sie ein Mitglied des Beirates, nominiert als Vertreter eines Stadtteiles mit hohem Ausländeranteil, ausgetauscht haben. Dazu meine Fragen:

1. Stimmt es, daß dieser Tausch von Hrn. Günter Fellerer mit Fr. Rahstorfer durch Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, veranlaßt wurde?
2. Mit welcher Kompetenz haben Sie diesen Austausch vorgenommen, da ja dieses Mitglied kein vom GR oder von den Fraktionen bestelltes Mitglied ist?
3. Dem Vernehmen nach soll der Grund des Ausschlusses oder dieses Wechsels gewesen sein, daß Hr. Fellerer zu positiv für die Ausländer gesprochen hat. Kann das die Wahrheit sein?
4. Warum wurde dieses Problem nicht vorher im Beirat besprochen?

Diese Anfragen gehen nicht gegen die Person von Fr. Rahstorfer, sondern sollen nur den für uns sehr undemokratisch scheinenden Vorgang aufklären. Ich bitte um Beantwortung dieser Fragen im nächsten GR. Herzlichen Dank.“

Als ich die Anfrage das erste Mal las, wußte ich momentan nicht, soll ich mehr wütend oder mehr enttäuscht sein. Denn Unwahrheiten machen mich sehr wütend, und es enttäuscht mich besonders,

wenn man meine Abwesenheit nutzt, um sie zu verbreiten. Dies gilt natürlich auch für die Medien. Soweit zu meinen persönlichen Gefühlen. Nun folgt die Antwort. Es handelt sich beim Steyrer Beirat für Integrationsfragen um ein Gremium, das von der Stadt völlig unabhängig ist. Ziel des Beirates ist es, die verschiedenen Interessen der in Steyr lebenden In- und Ausländer auf lokaler Ebene zusammenzuführen, aufeinander abzustimmen und gegebenenfalls dem politischen Verantwortlichen der Stadt dbzgl. Vorschläge zu unterbreiten. Die Stadt hat formalrechtlich keinerlei Einfluß auf den Integrationsbeirat und ist auch nicht Mitglied im Beirat. Es ist so, daß die im GR der Stadt Steyr vertretenen politischen Parteien je ein Mitglied in den Integrationsbeirat entsenden können. Es handelt sich somit bei allen gestellten Fragen zum Steyrer Integrationsbeirat nicht um Angelegenheiten der Stadt und daher auch um keine Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches, so daß die auf § 12 gestützte Anfrage des Hrn. GR Engelbert Lengauer, formalrechtl. gesehen, jeglicher Rechtsgrundlage entbehrt.

Zu Frage 1 möchte ich sagen: Nein, das stimmt nicht. Hr. Günter Fellerer war nie ordentliches Mitglied des Beirates, sondern wurde am 29.1.1996 als Gast zur Sitzung eingeladen und auch als solcher im Protokoll geführt. Ich persönlich kannte Hrn. Fellerer überhaupt nicht, bevor er am 29. 1. 96 im Beirat gewesen ist, und ich wußte auch nicht, in welchem Stadtteil er wohnt. Ich bin etwas später in die Sitzung gekommen, vielleicht hat sich Hr. Fellerer vorgestellt? Ich weiß es nicht.

Zur Frage 2: Frau Rahstorfer war an einem meiner Sprechtage bei mir, und erzählte mir von den Problemen am Resthof. Ich sagte ihr, sie müßte sich mit Fr. Mag. Frech und Fr. Enzendorfer in Verbindung setzen, damit sie auch als Gast in diesen Beirat eingeladen wird. Dies zur Berichtigung. Den Vorwurf, ich hätte jemanden ausgetauscht, kann ich nur auf das Schärfste zurückweisen. Ich kann weder jemanden ein- noch ausladen, da ich nicht Vorsitzende bin und daher auch keine dbzgl. Kompetenzen besitze. Außerdem lege ich Wert auf die Feststellung, daß ich niemals irgendwelche Mitglieder, irgendwelcher Ausschüsse oder sonstiger Gremien austauschen würde, selbst wenn ich die Möglichkeit dazu hätte. Denn dies ist mit meinem Demokratieverständnis und mit meiner politischen Weltanschauung nicht vereinbar.

Zur Frage 3: Diese Frage finde ich lächerlich und ebenso unverschämt. Daß ich keinen Wechsel vorgenommen habe, habe ich bereits ausführlich erläutert, und ich verwehre mich entschieden gegen die infame Unterstellung, „ich sei ausländerfeindlich“! Dagegen verwehre ich mich wirklich.

Zur Frage 4 kann ich nur sagen: Das weiß ich nicht, ich bin ja, wie ich auch bereits erwähnt habe, nicht Vorsitzende, sondern nur einfaches Beiratsmitglied und somit wird die Tagesordnung natürlich nicht von mir erstellt. Außerdem möchte ich noch kurz etwas erwähnen. Sowohl Fr. Mag. Frech, als auch die Fr. Enzendorfer haben sich bei mir entschuldigt und mir erzählt, daß sie Verbindung mit Hrn. GR Lengauer und auch mit Hrn. StR. Holub aufgenommen haben, damit sie diese Anfrage zurückziehen. Doch beide Herren beharrten auf dieser Anfrage. Meine Antwort zu den beiden Damen war: „Ich habe damit kein Problem, ich werde selbstverständlich diese Anfrage beantworten.“ Abschließend noch eine Frage. Lt. Geschäftsordnung heißt es, wie bereits vorher erwähnt: Pro Fraktion ein Mitglied. In der Sitzung am 6. Mai waren zwei Mitglieder der ÖVP bei der Sitzung anwesend. Darf ich annehmen, Hr. GR Lengauer, daß sie als Gast anwesend waren? Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zusatzfrage. Bitte Hr. Koll. Lengauer. Frage? Frage ist möglich. Darstellungen sind nicht möglich. Fragen! Zusatzfragen! Es handelt sich um eine Fragestunde in so einer Situation. Ganz einfach, das ist sogar im Parlament so. Bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Frau Vbgm., haben sie das Protokoll gelesen von dieser Sitzung vom 6. 5? Da steht, ich lese das Protokoll vor: „Über Vorschlag von Fr. Vbgm. Mach soll Fr. Rahstorfer als Bewohnerin aus dem Stadtteil Resthof anstelle von Hrn. Fellerer als Beiratsmitglied bestellt werden.“ Wenn sie dieses Protokoll gelesen haben, dann frage ich sie, warum sie mir infame Lügen und Unterstellungen vorhalten. Ich frage sie auch, ob sie wirklich meinen, daß ich sie für ausländerfeindlich halte. Ich meine, das habe ich auch im Brief so angeführt, daß ich das nicht so meine. Eines meine ich, und da könnten sie Recht haben, das ist der Hinweis auf den § 12.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Beantwortung bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Hr. Fellerer war als Gast angeführt, das habe ich bereits schon erwähnt. Die Fr. Rahstorfer ersuchte mich, ob sie einmal im Beirat auch anwesend sein könnte. Ich persönlich habe sie nicht eingeladen. Ich habe sie an die beiden Damen weiterverwiesen und von Fr. Enzendorfer oder von Fr. Mag. Frech ist die Fr. Rahstorfer eingeladen worden. Nicht von mir. Das kann ich nur erklärend dazu sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Damit ist diese Frage erschöpfend beantwortet, und wir können uns angenehmeren Dingen zuwenden. Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. In nächster Zeit findet über Initiative der Steyrer Familie Enge und in Zusammenarbeit mit Special Olympics-Österreich eine Großveranstaltung in unserer Stadt statt, nämlich die „Special Olympic-Sommerspiele 96“. Also nach den Winterspielen in Schladming 1993, den Sommerspielen 1994 in Graz und den diesjährigen Winterspielen in Landeck ist dies die vierte Großveranstaltung in Österreich, die die beeindruckenden Leistungen geistig und mehrfach Behinderter in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rückt. Es haben sich bereits 150 Aktive zu diesen Spielen gemeldet. Es ist so, daß mit den Betreuern rund 300 Personen in Steyr erwartet werden. Es geht den Behinderten eben auch darum, hier mit der Öffentlichkeit, mit der Bevölkerung in persönlichen Kontakt zu kommen. Es ist sehr erfreulich, daß die Steyrer Schulen sich bereiterklärt haben, hier persönliche Betreuungsaufgaben mit den Aktiven zu übernehmen, und daß auch hier die Höhere Bildungslehreanstalt für wirtschaftl. Berufe diese Spiele in bezug auf PR- und Medienarbeit unterstützt. Ebenso erfreulich ist es, daß die Steyrer Sportfunktionäre kostenlos als Wettkampfrichter zur Verfügung stehen und für die regelgerechte Abwicklung der Bewerbe sorgen werden. Die feierliche Eröffnung der Special Olympic-Sommerspiele findet am Mittwoch, den 26.6.1996 um 20 Uhr am Stadtplatz in Anwesenheit des Hrn. Bundespräsidenten Dr. Thomas Klestil und des Hrn. Landeshauptmannes Dr. Josef Pühringer statt. Bei diesem Festakt werden die Aktiven einen Eid leisten. Es wird hier die olympische Flagge gehißt und das olympische Feuer entzündet werden. Es gibt auch Vorwettkämpfe, Finalsspiele und es ist ein Sommernachtsfest in der Mehrzweckhalle Münichholz geplant. Am Freitag wird hier eine große Festveranstaltung in der überdachten Eishalle stattfinden. Anlässlich dieser Veranstaltungen wird es Aerobic-Vorführungen und Video-Rückschauen über diese Veranstaltung geben. Mit dem Einholen der Fahnen sowie dem Löschen des olympischen Feuers wird dann der offizielle Teil zu Ende gehen.

Ich ersuche sie, meine Damen und Herren des GR, sich diese Termine vorzumerken und hier auch diese Veranstaltungen zu besuchen.

Ich darf zum Steyrer Jugendkulturhaus sagen, daß hier eine Besprechung stattgefunden hat über meine Einladung, als diese Begutachtung durch unser Bauamt vorgelegen ist. Es hat auch hier eine Begutachtung durch die OÖ Kulturplattform stattgefunden. Es hat eine Überraschung insofern gegeben, daß hier in bezug auf deren Standortwahl die städt. Busgarage Münchenholz auf den ersten Platz sozusagen rangiert. Es sind alle Standorte beurteilt worden. Die KUPF meinte, daß dieser Standort relativ schnell, eigentlich sofort zur Verfügung stünde, und daß hier keine großen Investitionen erforderlich seien. In bezug auf das Gaswerk und den Wirtschaftshof wurde hier festgestellt, daß die Nähe von Wohnbauten ein Problem darstellen. Im Wirtschaftshof müßte ein größerer Veranstaltungsraum erst neu geschaffen werden. Das Stadtgut-Areal ist nach Ansicht der KUPF zu weit vom Stadtzentrum entfernt. Beim ehemaligen Reithofferwerk wurde seitens der KUPF unter anderem eine Verbindung von „lauter“ Jugendkultur mit „leiser“ Musikschule sowie Industrieforum als problematisch beurteilt. Auch die Adaptierungskosten mit dem historisch wertvollen, denkmalgeschützten Gebäude wurden als sehr hoch eingeschätzt.

Wir haben eine eingehende Debatte abgehalten und waren der Meinung, daß hier eben dem Projekt an sich Priorität seitens des GR eingeräumt werden müßte, daß hier aber jedenfalls noch eine fachliche Begutachtung erfolgen soll, weil man ja wirklich die Kosten nicht kennt. Es sollten auch die Umfeldumstände entsprechend untersucht werden. Wenn hier diese Begutachtung erfolgt ist, sollten wir uns weiter damit beschäftigen und in objektiver Weise abwägen, welche Standortentscheidung wir dann treffen können. Persönlich bin ich der Meinung, daß dieses Projekt schon sehr lange die Diskussion im GR und auch in der Öffentlichkeit beherrscht, und wir zu einem Ende, zu einem Ergebnis kommen sollten, bei dem es jedenfalls ein Jugendkulturhaus gibt. Ich möchte bei dieser Gelegenheit mich nicht auf irgend einen Standort festlegen.

Der Steyrer Jugendgemeinderat hat wieder getagt. Es wurden 11 Anträge gestellt. Alle Anträge haben hier eine Mehrheit im JGR bekommen. Es waren eine Reihe von GR und Stadtsenatsmitglieder bei dieser Sitzung dabei. Nicht alle Anträge wurden einstimmig beschlossen. Alle Anträge haben aber, wie schon gesagt, eine Mehrheit bekommen und werden, wie das also vorgesehen ist, nunmehr den zuständigen Ausschüssen zugeleitet, dort entsprechend beraten und werden dann in einer eigenen Sitzung des Steyrer GR am 4.7. behandelt. Zur Hallenbadsanierung darf ich mitteilen, daß am 2.4. bei Hrn. Landeshauptmann Dr. Pühringer eine Besprechung betreffend dieser Sanierung stattgefunden hat, und daß er mir bei dieser Gelegenheit zugesagt hat, eine 40 %ige Beteiligung seitens des Landes an der Sanierung des Bades vorzunehmen. Für den 1. Bauabschnitt werden Gesamtkosten von S 19,9 Mio. angenommen und sollten wie folgt finanziert werden:

BZ-Mittel des Landes durch den Gemeindereferenten S 4 Mio. (1997 und 1998 je S 2 Mio.), durch den Bereich Tourismus, Landeshauptmann-Stellvertr. Dr. Leitl zuständiger Referent, ebenfalls S 2 Mio. (je S 1 Mio. im Jahr 1997 und 1998), die Abteilung Sport, hier ist der Hr. Landeshauptmann persönlich zuständig, S 2 Mio. (je S 1 Mio. im Jahr 1997 und 1998). Der 2. Bauabschnitt wird hier mit Gesamtkosten von S 23,8 Mio. eingeschätzt. Hier wird die Förderung betragen: BZ-Mittel durch den Landeshauptmann-Stellvertr. Hochmayr S 4,750.000,-- (je S 1,583.000,-- im Jahr 1988, 1999 und 2000), Tourismus S 2,370.000,-- (zu je S 790.000,-- in den Jahren 1998, 1999 und 2000) und der Bereich Sport S 2,370.000,-- (je S 790.000,-- in den Jahren 1998, 1999 und 2000).

Damit steht eigentlich der Inangriffnahme dieser Sanierung nichts mehr im Weg. Unsere Bauabteilung und das Projektierungsbüro arbeiten momentan auf Hochtouren, damit die Ausschreibung vorgenommen werden kann, und wir die entsprechenden Angebote hereinbekommen. Ich lege größten Wert darauf, daß wir in enger Absprache, natürlich unter den Fraktionen, sehr rasch eine Beauftragung vornehmen, damit wir das Hallenbad in der kommenden Saison wieder zur Verfügung haben. Betreffend der Bahnhofsüberbauung darf ich mitteilen, daß schriftlich die positive

Entscheidung des Aufsichtsrates der ÖBB vorliegt, daß hier der Bahnhofsüberbauung als Schlüsselprojekt des Steyrer Verkehrskonzeptes, vollinhaltlich voll zugestimmt wurde, und daß im heurigen bzw. im nächstjährigen Wirtschaftsplan der ÖBB eine Investitionssumme von insgesamt S 55 Mio. bereit steht. Damit ist die Finanzierung des mit rund S 110 Mio. veranschlagten Verkehrs-Großprojektes gesichert. Wir wissen, daß hier vom Land OÖ S 25 Mio. beigetragen werden und S 55 Mio. vom Bund. Den Rest wird die Stadt zu tragen haben. Außerdem darf ich noch einmal wiederholen, daß die Bahnhofsüberbauung unter anderem auch ein zweigeschossiges Parkdeck mit etwa 200 PKW-Stellplätzen umfaßt sowie 9 Stellflächen für die Bundesbusse und eine direkte Verbindung mit der Eisenbundesstraße hier darstellen wird. Damit kommt es auch zu einer Entlastung des innerstädtischen Verkehrsringes, vor allen Dingen im Bereich Ennsdorf, Bahnhofstraße und Dukartstraße und gleichzeitig eben zu einer optimalen Verknüpfung der öffentlichen Verkehrsmittel Bahn, Bundesbusse und städt. Linienbusse.

Ich darf weiters mitteilen, daß hier im städt. Budget für heuer S 8,5 reserviert sind, und daß ich davon ausgehe, daß wir heuer noch einen Baubeginn haben werden.

Eine weitere erfreuliche Mitteilung darf ich machen, nämlich, daß am Dienstag d. Woche zwischen Frau Landesrat Prammer und Vertretern unserer GWG und der Styria vereinbart werden konnte, daß wir das Projekt „Knoglergründe“ nunmehr angehen können. Dh. also, wir sind hier in der Lage, mit Baubeginn kommenden Jahres, insgesamt 387 Wohnungen zu errichten. Die Stadt wird hier als Vorleistung eine Bauzufahrt errichten müssen und in weiterer Folge den Kanalanschluß bis zum Grundstück. Es ist hier ein Übereinkommen abgeschlossen worden, daß auf dem Grundstück selbst Straßen und Kanal von diesen beiden Genossenschaften selbst errichtet werden, wobei natürlich dann die Oberflächenbelagsarbeiten und die Straßenbeleuchtung von der Stadt durchzuführen sind. Wir werden also im nächsten Jahr bereits mit 200 solcher Wohnungen beginnen können. Insgesamt wird hier unsere GWG 265 Wohnungen errichten und die Styria 122 Wohnungen. Das Projekt wird aufgrund des Ergebnisses des Arch. - Wettbewerbes auf einem Areal von rund 45.000 m² verwirklicht. Es sieht also 2-, 3- und 4-Raum-Wohnungen vor. Ich darf weiters berichten, daß heute und morgen ein sehr hochkarätiges Symposium in der Stadt mit internationalen Referenten und Teilnehmern durchgeführt wird. Der Veranstalter ist hier VPTÖ-Profactor, gemeinsam mit dem FAZAT. Das Thema dieser Veranstaltung behandelt hier die Trends und die Tendenzen im Bereich der Roboter-Technologie und der Fertigungsmeßtechnik. Es sind hier Referenten zugegen, auf die wir wirklich stolz sein können. ZB Joe Engelberger aus den USA, der schon im Jahr 1926 den ersten Industrieroboter erfunden und weiterentwickelt hat. Oder Hr. Prof. Hirzinger vom Deutschen Raum- und Luftfahrtinstitut, oder der Hr. Prof. Fujimoro aus Japan, der bei Sony Entwicklungsleiter ist und eine Reihe solcher „Kapazunder“ mehr. Zu dem wird es auch eine Präsentation der Firma Zeiß über industrielle Meßtechnik geben. Es freut mich auch, daß hier eine Zusammenarbeit zwischen VPTÖ, FAZAT und Kunstverein gelungen ist, und daß hier auch die Schloßgalerie für diese Veranstaltung mit zur Verfügung steht, was, glaube ich, ein wunderschöner, auch von den Symposiumsteilnehmern, positiv goutierter Rahmen ist.

Zuletzt die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage. Auch hier ist eine Verbesserung zu vermelden. Wir haben nach 6 Jahren das erste Mal wieder eine niedrigere Arbeitslosenrate als im österreichweiten Durchschnitt. Das ist sehr positiv. Dies wurde auch bei der Spatenstichfeier zum Fachhochschulgebäude und VPTÖ-Gebäude vom Hrn. Landeshauptmann-Stellvertr. Leitl herausgestrichen. Dennoch ist zu vermerken, daß hier eine noch viel zu hohe Arbeitslosenrate zu buche schlägt. Es sind insgesamt 3.035 Personen nach wie vor als arbeitslos gemeldet. Es zeigt sich nur, daß nunmehr auch der österr. Durchschnitt verhältnismäßig hoch ist. Aber es ist deutlich erkennbar, daß unsere gemeinsamen Bemühungen doch hier auch Erfolge zeigen und daß eigentlich in allen Bereich, auch bei den Frauen, die Arbeitslosenzahlen doch deutlich sinken.

Damit wäre ich mit meinen Mitteilungen am Ende. Ich möchte sie bitten die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen, die mit den GR-Unterlagen zugegangen sind und darf zum Tagesordnungspunkt 5) den Vorsitz abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Hrn. Bürgermeister um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Wir haben während unserer Budgetklausur und bei der Erstellung des Budgets auch beschlossen, die fallenden Zinsen zum Anlaß zu nehmen, hier Umschichtungen unserer Darlehen vorzunehmen. Wir wollen mit dieser Maßnahme eine Einsparung bei den Zinsen von rund S 3 Mio. pro Jahr erzielen. Nunmehr wurden eine Reihe von Verhandlungen mit Kreditinstituten geführt und die Ergebnisse liegen vor. Es ergeht daher der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den GR:

1) Fin-99/96 Diverse Darlehen, Vertragsänderungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 14. 5. 1996, wird bei den nachstehend angeführten Darlehen folgenden Änderungen zugestimmt:

1. Konditionsänderungen:

1.1. Bank Austria:

a) Darlehensnummer: 6/602/010:

Veränderung der Darlehenskondition von dzt. Sekundärmarktrendite „Emittenten gesamt“ + 0,375 % auf 6-Monats-Vibor + 0,25 % ab 1. 7. 1996 bis zum Laufzeitende Anfang 1998.

b) Darlehensnummer: 6/602/007:

Von dzt. Sekundärmarktrendite „Emittenten gesamt“ + 0,25 % auf 6-Monats-Vibor + 0,25 % rückwirkend ab 1. 3. 1996 auf 3 Jahre. Anschließend gilt die derzeitige Zinsanpassungsregelung bzw. muß neu verhandelt werden.

1.2. Creditanstalt-Bankverein (Darlehensnummer: 6/611/001 und 6/611/002:

Von dzt. Sekundärmarktrendite „Emittenten gesamt“ + 0,375 % auf 6-Monats-Vibor + 0,5 % rückwirkend ab 1. 3. 1996 für die gesamte Restlaufzeit.

1.3 Oberösterr. Landesbank;

a) Darlehensnummer: 6/601/002, 6/601/003 und 6/601/008:

Von dzt. 7 % baw. auf 6-Monats-Vibor + 0,3 % rückwirkend ab 1. 1. 1996 für die Restlaufzeiten (1998 bzw. 1999).

b) Darlehensnummer: 6/601/001, 6/601/004, 6/601/007 und 6/601/009:

Von dzt. 7 % baw. auf fix 6,25 % rückwirkend ab 1. 1. 1996 für die gesamte Restlaufzeit (zwischen 2000 und 2004).

1.4 Österr. -Postsparkasse (Darlehensnummer: 6/615/001):

Von dzt. Sekundärmarkttrendite „Emittenten gesamt“ + 0,2 % auf 6-Monats-Vibor + 0,25 % ab 1. 7. 1996 bis zum Ende der Laufzeit im Jahr 2001.

1.5 Volksbank Alpenvorland (Darlehensnummer: 6/613/001):

Von dzt. Sekundärmarkttrendite „Emittenten gesamt“ + 0,25 % auf 6-Monats-Vibor + 0,5 % ab 1.7. 1996 für die Restlaufzeit bis zum Jahr 2000.

1.6 OÖ. Wechselseitige Versicherung (Darlehensnummer: 5/505/001):

Von dzt. Sekundärmarkttrendite „Emittenten gesamt“ + 0,25 % auf fix 6,125 % rückwirkend ab 1. 5. 1996 bis zum Ende der Laufzeit im Jahr 2003.

1.7 Wiener Städt. Versicherung:

a) Darlehensnummer: 5/502/001 und 5/501/002:

Von dzt. Sekundärmarkttrendite „Emittenten gesamt“ auf + 0,5 % auf 6-Monats-Vibor + 0,5 % ab 1. 7. 1996 für die Restlaufzeit bis zum Jahr 1997 bzw. 1999.

b) Darlehensnummer: 5/501/003:

Von dzt. Sekundärmarkttrendite „Emittenten gesamt“ + 0,5 % auf fix 5,375 % ab 1. 5. 1996 für die Restlaufzeit bis 2001.

c) Darlehensnummer: 5/502/002 und 5/502/003:

Von dzt. Sekundärmarkttrendite „Emittenten gesamt“ + 0,375 % auf fix 6 % ab 1. 5. 1996 bzw. 1. 6. 1996 für die Restlaufzeit bis zum Jahre 2003.

d) Darlehensnummer: 5/501/004:

Von dzt. Sekundärmarkttrendite „Emittenten gesamt“ + 0,5 % auf fix 6,125 % rückwirkend ab 1. 3. 1996 für die Restlaufzeit bis zum Jahr 2003.

2. Darlehensaufnahme:

Zur Umschuldung des Darlehens 6/610/002 bei der BAWAG und des Darlehens 5/503/001 bei der Bundesländerversicherung wird der Aufnahme eines 10-jährigen Darlehens in der Höhe von S 10.200.000,-- bei der Postsparkasse in Wien mit einer Bindung an den 6-Monats-Vibor und einem Aufschlag von 0,2 % zugestimmt.

Die o.a. Darlehenssumme stellt einen Maximalbetrag dar. Bei einem geringeren Darlehensbedarf wird der GB für Finanzen ermächtigt, das Darlehensvolumen entsprechend zu verringern.

Zur Durchführung der o.a. Maßnahmen wird der GB für Finanzen ermächtigt, die Bedingungen in den Zusatzvereinbarungen bzw. im Darlehensvertrag im Rahmen der oben angeführten Konditionen entsprechend festzulegen.

Ich bitte darüber zu debattieren bzw. diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Das war jetzt ein langer Antrag. Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Schlußwort wird auch nicht gewünscht. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Danke. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Hrn. Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bedanke mich, übernehme den Vorsitz und ersuche die Koll. Mach um ihren Antrag.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Verehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Ich habe heute einen Antrag. Dieser geht um die Subvention für das Jahr 1996 für den Verein „Frauen für Frauen“. Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

2) Ha-251/91 Verein „Frauen für Frauen“ Subvention für das Jahr 1996

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 11. 4. 1996 wird dem Verein „Frauen für Frauen“ für den laufenden Betrieb des Frauenhauses Steyr, Wehrgrabengasse 83, im Jahr 1996 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in der Höhe von S 630.000,-- gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VAS. 1/4690/757000.7 freigegeben. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet Hr. Koll. Gollatsch. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Hier sprechen wir von einer förderungswürdigen Einrichtung. Sehr geehrte Fr. Vizebürgermeister, es gibt derer viele solcher förderungswürdigen Einrichtungen an Sozialvereinen in Steyr. Ein Steckenpferd von mir ist es schon lange, und ich bitte sie, Fr. Vizebürgermeister, diese förderungswürdigen Sozialvereine möglichst an einen Tisch zu bringen, um eine gemeinsame Verwaltung dieser förderungswürdigen Vereine zu ermöglichen. Jeder verwaltet sich selber. Jeder hat seine Büros, jeder hat seine Kosten. Ich kann mir vorstellen, wenn man ein bißchen einen guten Willen hat, daß man gemeinsam eine Verwaltung dieser

förderungswürdigen Sozialvereine erreicht. Dazu würde ich sie bitten. Zweitens, ich würde gerne eine Aufklärung haben. Von den Gemeinden außerhalb von Steyr sind ja auch Frauen in dieser förderungswürdigen Einrichtung. Zahlen die irgend eine Unterstützung? Wenn nicht, bitte mit diesen Gemeinden Verbindung aufzunehmen, um eine Unterstützung für dieses Frauenhaus zu erreichen. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Darf ich die Frau Referenten bitten, hier im Schlußwort Stellung zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Daß wir bemüht sind, die ganzen Vereine unter - wie man so schön sagt - „einen Hut zu bringen“, daran wird bereits gearbeitet. Es ist natürlich auch schwer, daß man momentan die Änderung macht. Wir haben ja mit GSS (Gesundheits- und Sozialsprengel) - wir sind bereits am arbeiten und es sind auch von der Sozialplattform bereits 2 Personen tätig, um bei uns mitzuarbeiten. Die Ärzte sind dabei, und ich hoffe, daß wir es bis Herbst fertig haben, und ich es präsentieren kann. Ob wir von anderen Seiten auch Geld bekommen? Das Frauenhaus hat bereits jetzt Geld von der BH Amstetten erhalten sowie von der Salzburger Landesregierung ist im Vorjahr etwas überwiesen worden. Von Steyr-Land haben wir ja natürlich auch Frauen drinnen. Wir nehmen zwar mit dem Bezirkshauptmann immer Verbindung auf, aber wir haben bis heute noch keinen Schilling bekommen. Nach dem neuen Sozialhilfegesetz wird für jede Frau, die im Steyrer Frauenhaus dann anwesend ist, den Steyrer Landbezirken eine Umlage vorgeschrieben, und dann werden wir selbstverständlich zu unserem Geld kommen. Da geht es dann nach Personen, ob diese von Steyr-Land sind oder von der Stadt Steyr. Natürlich müssen wir auch dann an das Linzer Frauenhaus eine Umlage zahlen, weil sehr viele Frauen nicht in Steyr bleiben, sondern benützen das Frauenhaus in Linz oder in anderen Orten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Die Beantwortung wurde vorgenommen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand! Wird Stimmenthaltung angezeigt? Eine Stimmenthaltung (FPÖ). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich danke der Fr. Koll. Mach und ersuche als nächsten Berichterstatter den Hrn. Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des GR. Ich habe ihnen heute einen Vortrag aus meinem Kulturbereich vorzutragen. Es geht um das Filmprojekt Ninaus „Die schwarzen Grafen“, um eine Förderung für dieses Projekt. Die RAN-Film TV-Produktion in Eggersdorf b. Graz, vertreten durch Hrn. Ninaus, plant anlässlich der 1998 stattfindenden 3-Länder-Ausstellung die Herstellung eines 3-teiligen Dokumentarspielfilmes zum

Thema „Eisenstraße - Eisenwurzn-Eisenerz“ mit dem Titel „Auf den Spuren der schwarzen Grafen“ (1. Erzherzog Johann und der Erzberg - 2. Josef Werndl, der Schlosser von Steyr - 3. Von den Werken Amon bis zu Töpper). Ich darf ihnen berichten, daß die letzte Diskussion, die in den letzten Tagen stattgefunden hat, daß sich einige Bundesländer von dieser gemeinsamen 3-Länder-Ausstellung verabschieden, hier mit diesem Projekt nichts damit zu tun hat. Das ist eine gezielte Förderung für die Länder-Ausstellung in OÖ. Ich finde dieses Projekt für äußerst förderungswürdig, weil es auch hier auf professioneller Ebene gelingt, einen industriell geschichtlichen Rückblick der Entwicklung der Stadt Steyr hier zu zeigen. Wir haben in Steyr schon einige Amateurfilmer, die das auch schon versucht haben, die schon über den Stand eines Amateurfilmes oft hinausgegangen sind. Ich darf vielleicht hier an dieser Stelle Hrn. Prof. Mödlagl erwähnen, der sehr, sehr gute Filme von der historischen Entwicklung der Stadt Steyr präsentiert hat. Ich habe auch versucht, daß man diese beiden Herren zusammenbringt, damit man nicht überall von vorne, von Null anfangen muß. Es ist eine sehr große Herausforderung, die Geschichte einer Stadt filmisch darzustellen mit heutigen Mitteln, und ich freue mich schon auf dieses Projekt. Der Hr. Ninaus bzw. seine Filmproduktion haben sich natürlich mehr Förderung vorgestellt. Sie haben primär um S 100.000,-- angesucht. Wir sind im Kulturausschuß vorerst, weil auf dieser VASSt. kein Geld vorhanden ist, mit einer Kreditübertragung aus dem Teil Kunstankauf hier mit S 50.000,--, einstimmig, glaube ich, ist das beschlossen worden, einmal vorangegangen. Der Stadtsenat hat es auch für gut geheißen. Ich bin davon überzeugt, wir werden sehr viel von diesem Film haben und davon profitieren, wenn dieser Film dann permanent in der Landesausstellung gezeigt wird und ihn die Besucher als Rahmenprogramm zu sehen bekommen. Nebenbei ist es natürlich auch geplant, daß dieser Film zu einer sehr guten Sendezeit, wahrscheinlich Sonntag Abend in einer Spezialsendung „Österreich heute“ zu sehen sein wird.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den GR:

3) Fin-246/95 Filmprojekt Ninaus „Die schwarzen Grafen“ - Förderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 11. 4. 1996 wird der RAN Film-Produktion, A-8063 Eggersdorf b. Graz, Waldstraße 20, vertreten durch Herrn Alfred Ninaus, eine Subvention in der Höhe von S 50.000,-- zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VASSt 1/3690/757000.8 freigegeben. Hierfür ist eine Kreditübertragung von S 50.000,-- von der VASSt 1/36000./043000.1 im Ausmaß von S 50.000,-- auf die genannte VASSt 1/3690/757000.8 notwendig.

Ich bitte um Diskussion und wohlwollende Behandlung dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Schlußwort, glaube ich, werden sie keines mehr hinzufügen wollen. Wer dafür ist, daß dieser Antrag in dieser Form beschlossen wird, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Hrn. Dr. Pfeil und bitte den nächsten Berichterstatter, Hrn. StR. Bremm ans Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Mein Antrag bezieht sich auf den Ankauf eines Datenerfassungsgerätes für Lärmmessungen. 1985 wurde ein Schallmeßgerät angekauft und in weiterer Folge wurde dieses Gerät durch verschiedene Module erweitert. Mittlerweile ist das dazu notwendige Datenerfassungsgerät ausgefallen und es muß durch ein neues ersetzt werden. Es wird hier dieses bei der Firma Hager & Werner, in Steyr, angekauft. Der Betrag dazu beträgt S 28.524,--.

Mein Antrag lautet:

4) Umw-16/96 Ankauf eines Datenerfassungsgerätes für Lärmmessungen; Kreditübertragung;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Umweltschutz und Abfallwirtschaft des GB VII vom 29. 4. 1996 wird dem Ankauf eines Datenerfassungsgerätes für Lärmmessungen bei der Fa. Hager, Steyr, Sichlradestr. 26, zum Preise von S 28.524,-- inkl. Ust zugestimmt.

Zur Bedeckung der hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von S 29.000,-- wird eine Kreditübertragung von der VAS 1/8130/403100.6 (Handelswaren) auf die VAS 1/5290/043000.9 (Betriebsausstattung) bewilligt. Ich ersuche hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Zu Wort gemeldet Hr. GR Spöck. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des GR. Ich hätte nur 2 Fragen. Diese Fragen sind bereits von unseren Koll. im Stadtsenat gestellt worden, aber leider nicht beantwortet worden. Das war auch ein Grund, daß wir uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten haben. Erste Frage ist: Wieso ist nicht umfangreicher ausgeschrieben worden? Zweite Frage: Wie steht es mit der Liste? Wieso sind genau diese zwei Firmen eingeladen worden? Es gibt ja mehrere Firmen, die hier unter Umständen in Betracht gekommen wären und auch preismäßig in Frage gekommen wären. Ich bin zwar kein Fachmann, aber wie man hört, ist der Preis auch nicht der günstigste.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen werden nicht angezeigt. Hr. Referent, bitte das Schlußwort.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich bin auch nicht unbedingt ein Fachmann auf diesem Gebiet. Die zuständige Fachabteilung hat sich damit ausführlich beschäftigt und es ist ein speziell auf dieses Lärmmeßgerät dazugehörendes Datenerfassungsgerät. Es ist nur auf dieses einzelne abgestimmt. Es ist nicht für andere Zwecke ausgelegt und auch nicht vorgesehen, sondern nur auf dieses eigene Schallmeßgerät ist es ausgelegt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut, offenbar aus Gründen der Kompatibilität wurde dieser Beschaffungsvorgang gewählt. Ich kann mich auch nur auf das Fachwissen der zuständigen Abteilung verlassen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 6 Enthaltungen (VP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich bedanke mich beim Koll. Bremm. Nächster Berichterstatter Hr. Koll. Eichhübl. Darf ich dich ans Rednerpult bitten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, Fr. Vizebürgermeister, werte Herren Bürgermeister. 10 Jahre lang wurden im Bereich Stadtbad, konkret beim Freibad und bei der Sauna, die Tarife nicht verändert. Das war Anlaß dafür, daß sich der Ausschuß für Kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen zweimal mit dieser Thematik befaßt hat, weil ja auf der anderen Seite entsprechende Verluste zu Buch gestanden sind und man übereingekommen ist, zumindest eine indexmäßige Anpassung in den von mir vorhin genannten Bereichen zu machen. Es hat sich dann auch der Stadtsenat mit diesem Antrag beschäftigt und schlußendlich ist die Erklärung für die Dringlichkeit darin zu finden, daß ja das Stadtbad bereits seit 11.5. geöffnet ist und in diesem Zeitraum keine GR-Sitzung stattgefunden hat. Ich darf ihnen daher den Antrag des Stadtsenates an den GR verlesen:

5) STW-32/96 Stadtbad Steyr - Tarifregulierung in den Bereichen Sauna und Freibad

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 16. 4. 1996 wird der Anhebung der Tarife im Bereiche der städt. Sauna und des städt. Freibades laut beiliegendem Tarifvorschlag zugestimmt. Aufgrund der gegebenen Dringlichkeit erfolgt die Beschlußfassung gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr. Hr. Bürgermeister ich darf sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Antrag Nr. 6) bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Mein zweiter Antrag, den ich ihnen zur Beschlußfassung vorzutragen habe, ist aus dem Bereich Wasserwerk. Ich darf ebenfalls vorausschicken, daß dieser Antrag zweimal im Stadtsenat behandelt wurde und einmal zurückgestellt wurde. Es gab dann in weiterer Folge auch eine Stellungnahme der FA f. Kontrolle u. Revision, die ebenfalls festgestellt hat, daß diese Umbaumaßnahmen und Strukturanpassung der Fernwirk- und Fernmeldeanlage zum gegebenen Zeitpunkt doch wirkungsvoll

erscheint. Daher lautet der Antrag des Stadtsenates:

6) Stadtwerke - 24/96 Städt. Wasserwerk - Umbau und Strukturanpassung der Fernwirk- und Fernmeldeanlage;

Auftragsvergabe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 21. 3. 1996 wird nachstehender Auftragsvergabe für den Umbau und Strukturanpassung der Fernwirk- und Fernmeldeanlage Wasserwerk zugestimmt.

Umbau und Strukturanpassung Fernwirk- und Fernmeldeanlage

Firma Elin Wasserwerkstechnik GesmbH, Wien, S 4.958.598,-- (exkl. Ust).

Die Finanzierung der Jahresrate 1996 wird aus Mitteln der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht. Die im Jahre 1997 zu leistenden Zahlungen werden aus Mitteln der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk im Jahr 1997 erbracht. Ich darf vielleicht eines noch hinzufügen, das steht nicht im Amtsbericht drinnen. Es ist ja im Budget S 1 Mio. vorgesehen. S 2 Mio. sollen aus dem vorgesehenen Projekt „Hochbehälter Münchenholz“ entnommen werden, das zu einem späteren Zeitpunkt ja dann zur Realisierung gelangt. Der Rest 1997 von S 1,9 Mio. soll aus der laufenden Gebarung - das habe ich bereits erwähnt - des Wasserwerkes entnommen werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Koll. Straßer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben also einen Zusatzantrag, es steht also dabei, daß das ganze also nur S 700.000,-- kostet. Mich wundert es von der technischen Seite ein bißchen. Es ist nämlich dort drinnen, daß man eigentlich nur den PC dort umbauen muß, und dann geben wir ihn hinauf in die Ennser Straße. Also, eines frage ich mich schon. Wir richten die Zentrale ein. Die Brunnen werden alle hergerichtet und die Zentrale, die braucht das dann gar nicht können, was die Brunnen alles können. Ob das wirklich sinnvoll ist, daß wir das machen müssen, das frage ich mich?. Weil, es hat ja keinen Sinn, wenn ich dort ferngesteuert bin, sämtliche Meldungen und sämtliche Erfassungen, und dann in der Zentrale kann ich es nicht erfassen, weil ich nur einen Teil dort hingebe, so wie es da herinnen steht. Wäre es nicht wirklich besser, daß man hier noch gewartet hätte und sagen würde, bauen wir gleich alles hinauf und dann „haut das hin“. Also, hier zweifle ich ein bißchen. Wir müssen nur jetzt schauen, wenn der Hr. Ing. Burgholzer nachher auch noch kommt und sagt, das müssen wir noch umbauen, und das müssen wir noch umbauen, und das ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung. Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlußwort Hr. Referent bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte nur das wiederholen, was ich vorhin bereits gesagt habe, daß ja an sich der Antrag im Stadtsenat einmal zurückgestellt wurde. Und zwar deswegen, weil man eben der Meinung war, daß zum gegebenen Zeitpunkt diese Umbau und Strukturmaßnahmen nicht sinnvoll seien und man warten sollte, bis der tatsächliche Umzug des Standortes erfolgt. Daher hat es eine nochmalige Berichterstattung von seiten der Stadtwerke gegeben und es wurde das ganze von der FA f. Kontrolle und Revision überprüft. Die sind ebenfalls zu dem Ergebnis gekommen, daß aufgrund der Darstellungen - ich möchte jetzt gar nicht weiter ins Detail gehen, weil wir wirklich sehr ausführlich darüber bereits diskutiert haben - die momentane Lösung, wie sie eben im Amtsbericht drinnen steht, zweckmäßig ist. Daher darf ich sie bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich um ein Zeichen. Danke. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (VP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR. Der dritte und letzte Antrag, den ich ihnen heute vorzutragen habe, betrifft den städt. Verkehrsbetrieb, nämlich die Abänderung der Behindertenregelung und Herbeiführung eines GR-Beschlusses zur Beantragung bei der Kraftfahrlinienbehörde. Der Antrag wurde zuletzt bei einer Fraktionsobmännerkonferenz besprochen und beschlossen und in weiterer Folge in dieser Woche beim Finanz- und Rechtsausschuß behandelt. Es hat dann nach eingehender Diskussion folgende Änderung betreffend den Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den GR unter Pkt 3 gegeben, der ursprünglich geheißen hat: „Für alle jene Personen, die nach der bisherigen Regelung einen Freifahrtsausweis besitzen, wird auf der Basis des gegebenen Berechtigungsumfanges der für eine Jahresnetzkarte festgelegte Tarif seitens der Stadt ersetzt. Derzeit sind ca. 1.000 derartige Fahrausweise im Umlauf, so daß davon ausgegangen werden kann, daß die Stadt pro Jahr S 5,6 Mio. inkl. Ust an die Stadtwerke als Kostenersatz zu leisten hat. Man hat, wie gesagt, darüber diskutiert und die Auffassung vertreten, daß man nicht vorweg diesen Einnahmeentfall der Größenordnung nach quantifizieren sollte, sondern vor der tatsächlichen, sich daraus ergebenden Einnahmenanzahl ausgehen muß. Nun, meine Damen und Herren, soll dieser Pkt. 3, alle anderen Punkte sollen gleichbleiben, folgendermaßen heißen:

„Der Einnahmenentgang, der sich aus der bisherigen Invalidenfreifahrtsregelung, die für die Ausweisinhaber bestehen bleibt, ergibt, wird im Rahmen der Verlustabdeckung berücksichtigt.“

Hr. Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Ich war ja derjenige, der darauf bestanden hat, daß der Pkt. 3 nicht vollständig aus dieser Beschlußfassung herausgenommen wird und bin auch dafür eingetreten, daß dieser Einnahmenentgang jedenfalls vom GR zu beschließen wäre, darf aber noch hinzufügen, daß ich meine, daß noch eine Einfügung stattfinden sollte. Nämlich es müßte heißen: „Wird im Rahmen der Verlustabdeckung des Verkehrsbetriebes berücksichtigt.“ Und darum darf ich ersuchen, daß man diese Änderung heute so beschließt.

Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den Gemeinderat lautet:

7) Präs-040/96 Städt. Verkehrsbetrieb - Abänderung der Behindertenregelung, Herbeiführung eines Gemeinderatsbeschlusses zur Beantragung bei der Kraftfahrlinienbehörde

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 6. 5. 1996 wird der Beantragung einer Tarifbegünstigung für Behinderte bei der Kraftfahrlinienbehörde im nachstehenden Umfang zugestimmt:

1. Behinderte mit einer Erwerbsunfähigkeit von mind. 70 % erhalten nach deren Feststellung durch den Amtsarzt der Stadt Steyr in Anlehnung an die Invaliditätskriterien des Bundessozialamtes einen Ermäßigungsausweis, der sie zum Kauf eines um 50 % ermäßigten Einzelfahrscheines (auf Kurz- und Normalstrecke) sowie einer Monatsnetz- und Jahresnetzkarte berechtigt. Der Ermäßigungsausweis wird von den Stadtwerken aufgrund der amtsärztlichen Bestätigung über die gegebene Behinderung, versehen mit einem Lichtbild, das nicht älter als zwei Jahre sein darf, ausgestellt. Die Gültigkeit des ermäßigten Fahrscheines ist nur in Verbindung mit dem Ermäßigungsausweis gegeben, so daß im Gegensatz zum Normaltarif keine Übertragbarkeit vorliegt.
2. Der daraus resultierende Einnahmentarif, der vorläufig mit S 500.000,-- p.a. quantifiziert wird, wird den Stadtwerken durch die Stadt ersetzt.
3. Der nachgewiesene Einnahmenentgang, der sich aus der bisherigen Invalidenfreifahrtsregelung, die für die Ausweisinhaber bestehen bleibt, ergibt, wird im Rahmen der Verlustabdeckung des Verkehrsbetriebes berücksichtigt.
4. Da die Kraftfahrlinienbehörde die Zustimmung für die neuen Fahrscheinkategorien zu erteilen hat, wird vorerst der Wirksamkeitsbeginn 01.07.1996 angestrebt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Keine Wortmeldung? Doch? Etwas spät, aber doch, Hr. Koll. Lengauer, bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Keine Gegenstimme, sondern nur eine Verständnisfrage zur Klärung. Bei den vorgeschlagenen Vorgangsweisen im Pkt 2 hätte ich die eine Frage. Hier steht: „... die ermäßigte Monats- und Jahres- netzkarte ist nur mit einem Anspruchsberechtigtenausweis, auf dem ein Lichtbild des Ausweisinhabers, das nicht älter als 2 Jahre sein darf ...“. Da ist sicherlich gemeint, bei der Ausstellung und nicht, daß der alle zwei Jahre sich ein neues Foto hineinmachen muß. Ich bitte um Klarstellung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nur bei der Einreichung!

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Nur bei der Einreichung. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Koll. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Nur ganz kurz. Es ist an sich eine Geschäftsordnungswortmeldung, aber ich glaube, was Roman Eichhübl hier nach bestem Wissens und Gewissen hier vorgetragen hat, ist eine gewisse Abänderung im Antrag. Daher muß man ihn als „Abänderungsantrag“, als solchen auch bezeichnen. Ich habe mir erlaubt, ein Exemplar vorzulegen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hier haben wir ein Problem, sagt mir gerade der Herr MD, weil wir haben ja hier eine andere Definition, nämlich „Versorgungsbetriebeverbund“. Ist das akzeptiert: „Für den Versorgungsbetriebeverbund“. Es gibt kein anderes Unternehmen. Es gibt keinen Einzelbetrieb. Daher können wir nicht einen eigenen Betrieb erfinden, im Zuge einer GR-Debatte. Da müßten wir das auseinandernehmen, Hr. Koll. Dr. Pfeil. Bitte Hr. Koll. Referent.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Hrn. Bürgermeister, Fr. Vizebürgermeister. Ich habe natürlich bewußt gemeint, daß das Wort „Verkehrsbetriebe“ hineingefügt gehört und zwar deshalb, weil es eine echte Verlustabdeckung bisher nicht gegeben hat. Es hat Kapitaleinlagen gegeben in Form eines Investitionskostenzuschusses. Meiner Meinung nach ist das rechtlich durchaus abgedeckt, daß man eben im Rahmen der Verlustabdeckung des Verkehrsbetriebes diesen Einnahmenentfall berücksichtigt. Daher darf ich nochmals diesen Vorschlag bzw. diesen Abänderungsantrag in der Form stellen, daß eingefügt wird: „im Rahmen der Verlustabdeckung des Verkehrsbetriebes berücksichtigt.“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Dr. Schwager hat mir gerade etwas anderes gesagt. Aber bitte. Koll. StR. Holub, bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, daß der Antrag des

Referenten der Stadtwerke durchaus seine Richtigkeit hat, wenn er meint, daß durch die Zurverfügungstellung der bisherigen Freifahrten, ohne das jetzt eine Nachkontrolle erfolgt, der Teilbetrieb „Verkehrsbetriebe“ in einen finanziellen Nachteil geraten könnte. Dann wäre es auch legitim, wenn es schon die politische Willensbildung des GR ist diesen Verlust herbeizuführen, daß dieser auch dezitiert und konkret vom Vertretungskörper oder von der Stadt als Eigentümer ersetzt wird. Anderenfalls zahlen nämlich die Gasbezieher letztendlich unsere Großzügigkeit, den bisherigen Freifahrtsscheininhabern gegenüber. Und das, glaube ich, ist auch nicht ganz im Sinne der Erfinder. Es ist schon eine alte Übung in der Stadt Steyr, daß man aus der einen Tasche salopp ist, und das in Wirklichkeit aus der anderen Tasche bezahlt. Nur ewig werden wir so nicht weitermachen können. Ich bin in diesem Falle auf der Seite des Antragstellers und meine, daß das die gerechtere Version ist und ich empfehle das auch dem hohen GR zur Beschlußfassung in diesem Sinn, also nicht dem „Versorgungsbetriebeverbund“, sondern dezitiert dem Teilbetrieb „Verkehrsbetrieb“, diesen Ersatz in seinem Rechnungsabschluß auszuweisen, zu gewähren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte zunächst feststellen, daß es natürlich legitim ist einen Versorgungsbetriebeverbund zu haben. Das jedes Unternehmen, das mehrere Produktparten führt oder verschiedene Geschäftsfelder bearbeitet, unterschiedliche Ergebnissituationen vorfindet. Selbst bei Banken soll das so sein, daß manche Bereiche eher nicht so viel bringen und andere wieder mehr, das es hier in der Quersubventionierung, wenn man so will, eben zu den Ausgleichen kommen, die ja in der Bilanz offengelegt werden. Es ist ja nicht so, daß irgend etwas verheimlicht wird. Ich bin mir jetzt nur nicht sicher, ob dieser Vorschlag für diese Veränderung, in dem Fall, ausschließlich auf Verkehrsbetriebe abzuheben, ob der rechtlich korrekt ist. Man kann das zwar so meinen, aber bitte sehr, wir haben es mit einem „Versorgungsbetriebeverbund“ zu tun. Es ist der Terminus-Technikus, glaube ich. Jetzt auf einmal nehmen wir einen Betrieb heraus.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich glaube, daß wir hier deswegen vielleicht „um des Kaisers Bart“ diskutieren, weil ja eine grundsätzliche Feststellung getroffen wird, daß wir hier allfällige Einnahmenentgänge, und zwar im Ausmaß des Tatsächlichen, was sehr schwer festzustellen ist, vergüten wollen. Die Diskussion haben wir ja in der Vergangenheit nie geführt, weil, wir haben keine neue Situation, sondern diese Freifahrtsscheine sind ja bitte sehr, im Laufe von Jahrzehnten aufgrund einer 70 %igen Invalidität, die vom Landesinvalidenamt oder vom Amtsarzt festgestellt wurde, ausgegeben worden. Wir haben nur jetzt eine Zäsur, und zwar durch den Beschluß, daß wir hier in den Verbund eingetreten sind und hier andere Regelungen Platz greifen. Es gab Einvernehmen in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz darüber, daß wir nicht mit einem Schlag allen, die bis Datum im Laufe von Jahrzehnten mit Brief und Siegel vom Landesinvalidenamt bzw. vom Amtsarzt eine Bescheinigung erhalten haben, daß sie 70 % Invaliden sind und so einen Freifahrtsschein bekommen haben, das jetzt wegnimmt, obwohl wir in diesem GR-Beschluß auf diese Verbundregelung umgestiegen sind und alle mitsammen eigentlich diese verschlüsselte Botschaft nicht ausreichend bedacht haben. Und daher ist das, was wir heute tun, eine Reparaturbemühung. Das muß man dazu sagen. Gibt es Probleme rechtlicher Natur mit dieser Formulierung? Kann vielleicht der Hr. MD dazu Stellung nehmen? Mir geht es nur, wie gesagt, um die rechtliche Definition, bevor es dann wieder Probleme gibt.

MAGISTRATSDIREKTION DR. KURT SCHMIDL:

Sehr geehrte Mitglieder des GR. Ich glaube, in diesem Raum ist bekannt, daß der Versorgungsbetriebeverbund deshalb gegründet wurde, damit wir im Bereich des Gaswerkes auch Steuervorteile lukrieren können. Wenn jetzt eine Verlustabdeckung für den Versorgungsbetriebeverbund erfolgen soll, wobei das Gaswerk ja bekanntlich keine Verluste, sondern nur Gewinne hat und der Verlustbereich der Verkehr ist, so muß, wenn jetzt eine Zuteilung als Verlustersatz dem Versorgungsbetriebeverbund zufließen soll, das doch nur in den Verkehrsbetrieb gehen. Wohin denn sonst?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Hr. Bürgermeister, darf ich dazu noch einige Sätze sagen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr. Vielleicht kannst du uns noch besser auf die Sprünge helfen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Hr. MD, ihr Wort in Gottes Ohr. In der Praxis sieht es ja leider anders aus. Der Hr. Koll. Holub hat ja sehr deutlich darauf hingewiesen, was auch ich in früherer Zeit immer wieder gemacht habe, daß ja aufgrund des Versorgungsbetriebeverbundes zwar einerseits steuerliche Vorteile vorhanden sind, das ist ja zweifelsohne richtig, daß aber auf der anderen Seite die Gewinne des Gaswerkes in sehr hohem Ausmaße für den Verlust im Bereich des Verkehrsbetriebes herangezogen werden. Und genau um das geht es hier auch, um zu vermeiden, daß dann die Gasbezieher diese Regelung, die auf politischer Ebene gewünscht wird, mitbezahlen. Deshalb habe ich diese Einfügung verlangt. Ich kann mir vorstellen, daß das überhaupt gar kein rechtliches Problem ist. Wir haben ja bitte Beispiele dafür. Es übernimmt ja auch die Stadt die Regelung der Einkaufssamstage. Wir haben jährlich einen Beschluß im Stadtsenat. Hier gibt es kein Problem. Warum sollte das nicht auch in diesem Fall so sein?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch einmal, Hr. Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich glaube, daß also der tatsächliche Verlustersatz ja ohne weiteres machbar wäre. Bei dem Fahrgasterfassungssystem oder Fahrscheinsystem, welches im Autobus drinnen läuft, gibt es freie Felder. Man bräuchte nur eine Buchung für den Benutzer mit einem Freifahrtsausweis machen. Das

ist also ja noch gar nicht so unfassbar in einer Zeit, wo Menschen vor 20 Jahren auf den Mond geschossen wurden und widererwarten sogar zurückgekommen sind, müsste man sinnvoller Weise sogar in Steyr eine Fahrgastzählung machen können. Jetzt haben wir sogar den Fahrschein in unseren Verkehrsbetrieben schon erfunden. Ich gratuliere dazu. Wir haben sogar ein elektronisches Fahrscheinausgabegerät. Wenn wir es jetzt auch noch beherrschen lernen, dann haben wir eigentlich in weiten Zügen schon gewonnen, und wir können tatsächlich den nachgewiesenen Verlust auch nachgewiesen ersetzen. Das sollte man so machen. Wenn die Geschäftsführung der Stadtwerke, die ich so sehr liebe und schätze, ihre Aufgaben verantwortlich wahrnehmen würden, dann kämen sie von sich aus selber auf die Idee, daß der nichtzahlende Fahrgast separat boniert werden müsste. Nachdem sie aber nicht auf Idee gekommen, kann ich nicht umhin, sie von hier aus an die Fähigkeiten und Fertigkeiten des Fahrgasterfassungssystems zu erinnern.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr gut. Eigentlich wollen wir ja das haben. Man muß ja die Dinge von allen Seiten beleuchten. Der ursprüngliche Vorschlag hat ja gelautet, daß man unterstellt, daß alle Freifahrtsscheinbesitzer, würden sie diesen Freifahrtsschein nicht haben, sich eine Jahresnetzkarte kaufen würden. Aus diesem Titel hat man S 5,6 Mio. an Einnahmenausfall konstruiert, die die Stadt zahlen müsste. Wir haben gesagt, so wird das wahrscheinlich nicht sein, weil man davon ausgehen kann - es ist wahrscheinlich plausibel, - daß ältere, behinderte Menschen nicht ununterbrochen mit der Jahresnetzkarte herumfahren, sondern nur eben dann ihre Mobilität in Anspruch nehmen, wenn sie zum Arzt müssen, eine dringende Besorgung haben, oder persönlich wo erscheinen wollen oder müssen. Daher ist es nicht gleichzusetzen mit dem Aufwand für eine Jahresnetzkarte. Daher haben wir diese Formulierung gewählt. Ich möchte mir noch eine Bemerkung erlauben. Wenn hier die Verluste der Verkehrsbetriebe gegenübergestellt werden und ein bißchen so getan wird, als wären die armen Gasbezieher diejenigen, die zur Kasse gebeten werden, weil die dort hinüber subventionieren, dann würde das ja in der Konsequenz heißen, wenn man das abschafft, daß man eben dann beim Autobus entweder kostendeckendere Beträge einhebt oder in irgend einer anderen Form sagt, wir lassen nur einen Verlust von der Summe „X“ zu. Wir haben ja von 1991 - 1995 keine Veränderungen der Verkehrstarife gehabt. Wir haben uns 1995 darauf geeinigt. Als Ergebnis aus dieser restriktiven Tarifanpassungspolitik haben wir natürlich auch höhere Verluste bewältigen müssen. Das muß man also auch dazu sagen, wenn wir das wirklich von allen Seiten beleuchtet. Ich persönlich habe kein Problem damit - von mir aus - Verkehrsbetrieb oder Versorgungsbetriebeverbund. Richtig ist, was der Hr. MD sagt. Es läuft ohnehin in die selbe Tasche hinein.

„Der nachgewiesene“. Das scheint mir eine wichtige Einfügung zu sein. Gibt es hier noch ein Problem? Noch eine Wortmeldung? Koll. Oppl bitte. „Nachgewiesen“, gefällt mir sehr gut!

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Der Hr. MD hat zuerst gesagt, der Verkehrsbetriebeverbund ist ja seinerzeit geschaffen worden, um sich für die Stadt steuerliche Vorteile zu lukrieren. Wenn ich jetzt den Verlust oder bzw. die Kosten dieser Invalidenfahrscheine direkt an die Verkehrsbetriebe ersetze, dann verringern wir ja an und für sich den Verlust des Verkehrsbetriebes, und somit verringern wir uns ja auch die steuerlichen Vorteile. Passen wir hier auf! Stimmt das?

PRÄSIDENTIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Und die Summe muß ein Verlust bleiben!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das läßt sich mit den Investitionen steuern.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

Können wir uns einvernehmlich auf die Formulierung verständigen, daß man unter Punkt 3 nach „der Einnahmenentgang“ - „der nachgewiesene“ einfügen gem. Vorschlag Holub? Was hast du noch für ein Problem, lieber Hr. MD? Irgendwann müssen wir nämlich zu einem Ende kommen.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Der Hr. Mag. Lemmerer hat mich jetzt gerade auf die Umsatzsteuerproblematik aufmerksam gemacht. Sowie das für die neuen Ausweise für Invaliden ist, daß wir, wenn wir 50 % den Stadtwerken ersetzen, 10 % Mehrwertsteuer zahlen, weil ja das nachgewiesen ist, daß hier nur die halben Gebühren oder die halben Sätze verrechnet werden, so wäre es auch in diesem Fall, wenn man hineinschreibt „die nachgewiesenen Gebühren“, daß wir 10 % mehr an die Stadtwerke überweisen müssen. Derzeit ist es nach einem Erlaß des Bundesministeriums für Finanzen so, daß Subventionen oder Gelder einer Gemeinde, die einen Betrieb zufließen, mehrwertsteuerfrei sind. Dh, wenn man rein den Verlustersatz hernimmt oder einen Teil des Verlustes einem Eigenbetrieb überträgt, so sind wir vom 10 %igen Mehrwertsteueraufschlag befreit. Diesen Vorteil hätten wir bei dieser ursprünglich vorgeschlagenen Regel. Wenn wir hier das nachweisen, dann ist das eine Art Bestelleistung, wie es die Stadtwerke auch immer gerne sehen würden, und dann müssen wir 10 % Mehrwertsteuer dazurechnen.

ZWISCHENRUF STADTRAT KARL HOLUB:

Das mit der Einfügung „des Verkehrsbetriebes“ macht keine Probleme. Da ist auch nicht „das Gelbe vom Ei“.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja bitte, das „Gelbe vom Ei hin oder gelbe vom Ei her“, wir machen hier einen Beschluß, der erwächst ja dann in Rechtskraft. Normalerweise bei allen solchen Debatten, die wir irgendwo in Wirtschaftsbetrieben, Institutionen usw. geführt haben, haben wir das natürlich auch von einem steuerkundigen Fachmann beleuchten lassen, weil die Gestaltung ist natürlich schon entscheidend, wie wir alle wissen. Ich möchte also schon vermeiden, daß wir hier einen Beschluß fassen, den wir dann vielleicht neuerlich reparieren müssen. Es ist ja das schon eine Reparaturbemühung. Vielleicht kann der Karl Holub noch einmal einen Beitrag leisten.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich möchte Hrn. Mag. Lemmerer noch auf diese Wortbedeutung „nachgewiesen“ und „ausgewiesen“ hinweisen. Ausgewiesen wäre steuerschädlich und nachgewiesen bestimmt die Höhe. Unsere Subvention, ist ja freiwillig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es würde mich ja interessieren, die Höhe nachzuweisen. Aber die steuerliche Wirksamkeit?

STADTRAT KARL HOLUB:

Da ist ja ein Unterschied. Ob ich das jetzt in einer Bilanz als Verlustabstand ausweise, oder ob ich eine Teilabdeckung nicht als Teilabdeckung, sonder als Subventionierung nehme. Ich mache das aus sozialer Motivation. Und die Höhe dieser sozial motivierten Subvention errechnen wir aus den angegebenen Fahrgastbeförderungszahlen. Wenn das nicht möglich wäre, dann wäre auch die Tarentierung, die uns vorgeschlagen wurde, ein Unsinn, weil die Subvention, die die Stadt selber auch manche Tarife für die Bürger der Stadt durchführt, dann selbst auch steuerlich ... gewesen wäre. Dann müßte also der, der uns die Empfehlung gegeben hat, sich jetzt sehr schnell aus dem Raum entfernen.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF.

STADTRAT KARL HOLUB:

Stellt es zurück und macht es ordentlich! Es ist nicht unsere Aufgabe, einen Antrag umzuformulieren!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was wir für die interne Verrechnung wollen, ist ein Nachweis des Einnahmen-entganges. Das wollen und brauchen wir, um die Abrechnung durchzuführen. Was wir wollen, ist eine steuerliche Gestaltung, die uns nicht zusätzliche Kosten verursacht. Das glaube ich, ist auch Legitim, wenn auf dieses Problem hingewiesen wird. Es heißt, im Prinzip sind wir uns einig, daß hier „nachgewiesene Einnahmenentgänge“ von der Stadt aus dem Titel der Ausgabe der Freifahrtsscheine refundiert werden. Das ist der Sinn, der Inhalt des Beschlusses. Es geht noch um die Details.

ZWISCHENRUF:

„Des Verkehrsbetriebes“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, von mir aus, des „Verkehrsbetriebes“, weil das Gas werden wir ja nicht fördern können. Schreiben wir wieder „Verkehrsbetrieb“. Dazu noch eine Wortmeldung? Der Steuerexperte kommt jetzt zum Zug.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR. Leider nicht auf diesem Gebiet, das ist nicht mein Bereich auf dem ich tätig bin bei der Finanz, aber mir erscheinen hier einige Unklarheiten. Ich würde daher vorschlagen, diesen Punkt zurückzustellen. Man soll ganz, ganz sicher gehen. Es ist ein Beschluß des GR, und wir sollen hier keinen Nachteil haben. Daher meine Empfehlung, mein Antrag diesen Punkt zurückzustellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe geglaubt, daß es auch heute gehen könnte. Nämlich, wenn wir uns darauf verständigen, was Inhalt des Beschlusses ist. Nämlich der, daß die Stadtwerke uns zum einen nachweisen sollen, welchen Entgang sie aus dem Titel dieses Beschlusses haben. Und zum zweiten soll es hier ein Verlustersatz an die Verkehrsbetriebe sein, der ja die Leistung bringt, und zum dritten sollen wir die Formulierung so vornehmen, daß sie von der Gestaltung in Richtung der Finanz so ist, daß wir nicht zusätzliche Aufwendungen betreiben müssen. Das kann man ja auch im nachhinein noch machen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Und dann muß man auf alle Fälle sagen, wird im nachhinein eine Subvention an die Verkehrsbetriebe berücksichtigt. Das war mir schon klar, daß das ein Verlustersatz ist.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist kein Verlustersatz, das ist ein Einnahmenentfall.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich schlage vor, die Anträge so zu formulieren, daß sie auch beschlußfähig sind. Weil in einem Plenum einen ordentlichen Antrag zustande zu bringen, halte ich für vermessen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weißt du Karl, wir haben nicht die Gnade gehabt, daß du im Finanz- und Rechtsausschuß warst. Aber alle, die dort waren, haben diesen Vorschlag einstimmig beschlossen. Also ihr seid alle dabeigewesen.

Ich meine, in Wirklichkeit geht es ja nur darum, und wir sind uns ja einig, daß die weiterhin frei fahren können. Und die, die zukünftig einen Ausweis bekommen, auch nur mit 70 %iger Invalidität. Wir sind uns einig, daß wir den Verlust ersetzen. Wir sind uns offenbar nur nicht schlüssig, weil hier der Steuerexperte fehlt. Der Steuerexperte fehlt da noch um zu sagen, wie die Formulierung heißen müßte. Wer meldet sich zur Geschäftsordnung? Bitte Hr. Koll. Lengauer. Ich habe nichts dagegen einzuwenden. Erleuchten sie uns.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Antrag zurückzustellen, ihn genau zu formulieren und in der nächsten GR-Sitzung dann zu beschließen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch einmal zur Geschäftsordnung. Modifizierter Antrag zur Geschäftsordnung.

Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich halte nicht viel davon, daß wir das jetzt zurückstellen, nachdem wir diesen Antrag heute soweit zusammenformuliert haben, daß er abstimmbar wäre. Nennen wir es wirklich „Verkehrsbetrieb“ und „nachgewiesen“, und dann paßt es meines Erachtens. Ich habe keine Bedenken dagegen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr. Es kann bei dem Stand der Diskussion nicht ausgeschlossen werden, daß bei dieser Formulierung ein steuerlicher Nachteil für die Stadt entsteht. Ich kann das jedenfalls nicht ausschließen. Auch die Fachleute haben bedenken. Daher würde ich sagen, es passiert ja nichts. Wir geben weiterhin denen, die zu 70 % Invaliden sind, einen Freifahrtsschein und wollen ihn denen nicht wegnehmen, die ihn schon haben. Es geht eigentlich lediglich um die Form, in welcher Weise der Einnahmenentgang vergolten wird. Daher neige ich dazu, daß es klüger ist, nach so einer kontroversiellen Diskussion hier dem Antrag beizutreten, ihn zurückzustellen und hier mit Fachleuten, auch mit Steuerfachleuten, das noch einmal zu besprechen, wie diese Formulierung am zweckmäßigsten lauten sollte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Gesamtantrag oder nur der Punkt 3?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Punkt 3 wird zurückgestellt. Ich nehme an, der Antrag bezieht sich auf den Punkt 3 - Zurückstellung. Schlußwort, bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke für die Erteilung des „mehrfachen“ Schlußwortes. Meine Damen und Herren des GR. Ich vertrete an und für sich die selbe Auffassung wie der Hr. Dr. Schwager. Nach dieser Diskussion wäre es meiner Meinung nach durchaus möglich, den gesamten Antrag zu beschließen. Ich habe aber keine Probleme damit, daß wir eben diesen umstrittenen Punkt 3 neu formulieren und einer neuen Beschlußfassung dem GR zuleiten. Aber, nachdem ich am Wort bin, Hr. Bürgermeister, darf ich das schamlos ausnützen und noch ein paar Anmerkungen zum Verkehrsbetrieb selbst machen. Ich werden mich ganz kurz halten. Ich glaube aber, daß es sehr wichtig ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Zur Sache!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es handelt sich um den Verkehrsbetrieb. Hr. Bürgermeister, ist glaube, es ist schon wichtig. Es ist schon sehr wichtig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es handelt sich bitte um die Behindertenregelung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich hätte nur ganz kurz ein paar Anmerkungen. Bitte, wenn es nicht erlaubt ist, nehme ich das selbstverständlich zur Kenntnis.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nicht erlaubt?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wenn also dem Hrn. Bürgermeister so wenig daran liegt, die derzeitige Situation des Verkehrsbetriebes zu hören, die wirklich sehr problematisch ist, dann nehme ich das zur Kenntnis. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ein Thema konkret. Wir werden uns ja mit dem Einschaubericht des Rechnungshofes beschäftigen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich nehme es zur Kenntnis. Dabei geht es nicht um den Rechnungshof.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da hast du ja eine Bühne, lieber Roman. Noch dazu deine eigene.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es geht nicht um die Bühne. Hier geht es um die Problematik der Verkehrsbetriebe, die derzeit vorhanden ist. Wir machen 1.700 Überstunden zur Zeit, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Aber bitte, wenn das den Hrn. Bürgermeister nicht interessiert, nehme ich das zur Kenntnis.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, erstens weiß ich davon, zweitens bin ich natürlich nicht desinteressiert, drittens habe ich hier als Vorsitzender dafür zu sorgen, daß die Anträge behandelt werden. Heute geht es darum, eine Behindertenregelung zu beschließen, Hr. Koll. Bist du einverstanden, ohne das du böse auf mich bist? Na gut. Dann, meine Damen und Herren, steht der Antrag - jetzt wird es kompliziert - zur Abstimmung mit der Maßgabe, daß der Punkt 3 zurückgestellt wird und mit neuerlicher Formulierung vorgelegt wird, die auch den steuerlichen Gesichtspunkten entspricht. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich bedanke mich herzlich dafür. Sind sie damit einverstanden, daß wir eine 10-minütige Pause einlegen? Die Pause ist eingelegt. Die Sitzung ist unterbrochen.

PAUSE VON 15.31 UHR - 15.45 UHR

-

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich darf als nächsten Berichterstatter den Koll. StR. Ing. Schloßgangl bitten, nicht aber ohne vorher dem Hrn. Eichhübl für seine Ausführungen zu danken.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. In meinem ersten Antrag geht es um die Auflassung eines Teilbereiches der Hinterbergstraße. Mein Antrag lautet:

8) Bau Gru-79/95 Auflassung eines Teilbereiches der Hinterbergstraße;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Auflassung eines Teilbereiches der Hinterbergstraße in der Form nachstehender Verordnung samt dem Planentwurf des Stadtbauamtes vom 8. Nov. 1995 wird beschlossen.

Ich bitte um Diskussion bzw. um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zum Wort gemeldet Hr. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es geht um den Erweiterungsbau BMW-Motoren-Werk Steyr im Bereich der Hinterbergstraße, unter anderem auch um ein Parkdeck. Ich habe immer als Verkehrsreferent gesagt, und ich sage es auch hier wiederum, daß auch hier etwas passiert ist, was mich nicht mit großer Freude erfüllt. Hier wird ein sehr großes, verkehrserregendes Bauwerk gemacht, ohne den Verkehrsausschuß darüber zu informieren, bzw. ohne daß er sich darüber Gedanken macht. Jetzt haben wir das Problem, daß, bevor das Parkhaus fertig ist, ich glaube Anfang nächsten Monates soll es in Betrieb genommen werden, die Anrainer jetzt Scharrenweise eine Sperre des einen oder anderen Straßenzuges verlangen. Auch wenn es wichtig ist, daß man dem Bauansuchen einer großen Firma entgegenkommt, darf man trotzdem die Stadtinteressen hier nicht vernachlässigen. Hier sind sie vernachlässigt worden. Ich hätte mir vorstellen können, daß man Untertunnelungen der Bahngleise bindend vorschreibt. Es wird uns ja auch nichts anderes übrigbleiben - irgendwann einmal wird BMW den Sprung auf die andere Geleiseite schaffen, - daß man diesen Sprung insofern mit einer Verkehrslösung jetzt schon schafft, als daß die Gußwerkstraße, die jetzt schon anstatt der Haager Straße ausgebaut wird, auch diesen Zu- und Abfahrverkehr von diesem BMW-Motoren-Werk bzw. von der Parkgarage aufnimmt. In der Sache stimmen wir dem Antrag natürlich zu.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Schlußwort bitte Hr. Referent.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte dazu nur erwähnen, daß es hier einen einstimmigen Beschluß des Bauausschusses gegeben hat und der Hr. Koll. Pfeil auch im Bauausschuß ist. Ich weiß nicht, ob du damals zugegen warst. Es würde natürlich auch an dem Verkehrsreferenten liegen, hier entsprechende Vorsorge zu treffen, bzw. wenn er glaubt, daß es notwendig ist, dieses Projekt und diese Straßen auch nach verkehrstechnischen Überlegungen im Verkehrsausschuß zu behandeln. Im übrigen möchte ich zur Untertunnelung sagen, daß das ja auch in den Vorverhandlungen mit BMW angesprochen wurde. Ich habe vor ca. 14 Tagen wiederum im Zusammenhang mit dieser Verkehrslösung Zirerstraße - Hinterbergstraße mit Hrn. Kandlbinder gesprochen. Dieser hat mir mitgeteilt, daß BMW prinzipiell nicht abgeneigt wäre. Sie haben natürlich kein Geld dafür, bzw. sie wollen dafür kein Geld frei machen, aber er könnte sich vorstellen, daß ein Teil der Subvention der Stadt dafür verwendet würde. Das war die Aussage von Hrn. Kandlbinder im gemeinsamen Gespräch, zu mir. Ich glaube, man könnte dem Projekt planungsmäßig sicherlich in der nächsten Zeit nähertreten. Ich würde den Hrn. Bürgermeister ersuchen, vielleicht auch diesbezüglich Gespräche zu führen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Diesbezügliche Gespräche habe ich auch mit dem Hrn. Kandlbinder aber auch mit dem Hrn. Dr. Durchschlag geführt. Ich habe ihm natürlich ans Herz gelegt, hier Betriebserweiterungen in Richtung Bahnkörper und darüber hinaus, ins Auge zu fassen und zu betreiben. Ich muß aber feststellen, daß natürlich die Gründe, ich glaube, das ist südöstlich oder östlich des Bahnkörpers, natürlich noch der Steyr-Daimler-Puch AG gehören und nicht der BMW AG, und hier Grundstücksverhandlungen erforderlich werden. Im Hinblick auf die Wirtschaftsförderung möchte ich auch bemerken, daß wir beschlossen haben, S 31 Mio. für die Ausbaustufe 4 zu gewähren, und wir werden das ab dem nächsten Jahr und in den nachfolgenden 5 Jahren tun müssen. Im Hinblick auf die Ausbaustufe 5 habe ich auf die prekäre Budgetlage der Stadt aufmerksam gemacht und keine Förderungen in Aussicht gestellt. Dh. also, wenn BMW aus dieser Förderung für die 4. Ausbaustufe, insgesamt also S 31 Mio. in 5 Jahren, hier Beträge davon verwenden würde, um eine Unterführung und einen, Grundstücksankauf von der Steyr-Daimler-Puch AG zu machen, wäre mir das sehr recht. Ich würde das sehr unterstützen im Hinblick auf die Situation der Siedler, die sich dort befinden und natürlich schon sehr eingekreist werden. Zudem kommt ja noch dieses Begehren der OMV, dort auch noch eine Tankstelle hineinzumachen. Dem stehen wir ja eigentlich auch negativ gegenüber, weil ich nicht glaube, daß in diesem Bereich eine Tankstelle einen recht großen Sinn macht. Wir wollen ja in der Haager Straße den Verkehr beruhigen und den Verkehr nicht anlocken. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Das Schlußwort ist gesprochen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Errichtung der Nordspange - 1. Auflassung von

Verkehrsflächen der Gemeinde und 2. Neueinreihung von Verkehrsflächen der Gemeinde. Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den GR lautet:

9) VerkR-302/94 Errichtung der „Nordspange“

1. Auflassung von Verkehrsflächen der Gemeinde

2. Neueinreihung von Verkehrsflächen d. Gemeinde;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Auflassung der im Zuge der Errichtung der Nordspange entbehrlich werdenden Verkehrsflächen sowie die Einreihung der im selben Zusammenhang neu zu errichtenden Verkehrsflächen als Gemeindestraße der Stadt Steyr entsprechend dem Grundeinlöse- bzw. Katasterplan des Amtes der OÖ. Landesregierung wird beschlossen. Ich bitte auch hier um Diskussion bzw. um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? 2 Gegenstimmen (GAL). Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Koll. Schloßgangl und ersuche den nächsten Berichterstatter - in Gestalt des Hrn. StR. Tatzreiter - ans Rednerpult.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Im ersten Antrag geht es um den Erwerb der Liegenschaftsanteile in der Färbergasse 7 an die Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, und ich bitte hier den Beschluß herbeizuführen. Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

10) ÖAG-43/1995 Erwerb von Liegenschaftsanteilen am Objekt Färbergasse 7 durch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 12. 4. 1996 wird in Abänderung des Beschlusses des GR vom 14. 12. 1995 dem Verkauf jener Liegenschaftsanteile am Objekt Färbergasse 7, die die Wohneinheiten Top 3a, Top 3b, Top 4a, Top 4b und Top 5 umfassen, zum Kaufpreis von S 4.650.000,-- zugestimmt. Die übrigen im seinerzeitigen Beschluß des GR festgehaltenen Bedingungen bleiben unverändert aufrecht. Ich bitte hier um Zustimmung bzw. Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet Hr. Koll. Spöck. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR. Wenn es im Amtsbericht heißt, daß gewisse, im Grundbuch gesondert ausgewiesene Liegenschaftsanteile, zum Teil bei der ersten Bewertung nicht eingeflossen sind, sodaß die GWG gezwungen war, den Sachverständigen mit einem Nachtragsgutachten zu beauftragen, was natürlich auch in meinen Augen zusätzliche Kosten verursacht, und wir heute nochmals einen GR-Beschluß brauchen, dann finde ich das mehr als merkwürdig. Ich glaube, daß hier eine Gleichgültigkeit der Verantwortlichen vorlag, sprich insbesondere die Herren Direktoren der Stadtwerke. Diese Sorglosigkeit reiht sich ja ein, wenn ich mich zurück erinnere im Dezember an die entsprechende GR-Sitzung, wo eine Vereinbarung von den Direktoren übersehen worden ist bezüglich der Miete, die schon längst von der GWG bezahlt hätte werden müssen für die Monate März - Dezember. Zum Zweiten sei hier noch einmal gesagt, bin ich der Meinung, daß die Weisung aus dem Präsidialbereich damals zur Übersiedlung in das Hochhaus, trotz gegenteiliger Aussagen von fachkundigen Beamten falsch war. Leider ist das nicht mehr zu revidieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Koll. Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Ich bin bedauerlicher Weise nicht vor dem Koll. Spöck aufgerufen worden, um das Wort zu ergreifen, denn dann hätte ich das gleich in meiner Wortmeldung verpacken können, daß es sich hier nämlich um ein Mißverständnis handelt. Und zwar könnte tatsächlich der Leser dieses Amtsberichtes den Eindruck erhalten oder zu dem Schluß kommen, nachdem ja die Stadtwerke auch in diesem Bereich situiert sind und dort ja tatsächlich auch Räumlichkeiten genutzt haben, nunmehr ein Versäumnis begangen haben und somit dann die zweite Bewertung notwendig gemacht wurde. Dem ist nicht so, denn es handelt sich um Räumlichkeiten, nämlich um eine Wohnung, die von den Stadtwerken nicht genutzt oder benutzt wurde und im Bestand der Liegenschaftsverwaltung gewesen ist. Daher ist offensichtlich doch, wenn man von einem Versäumnis spricht, das auf einer anderen Ebene zu suchen. Das nur zur Klarstellung. Ich sage das Wertneutral, weil ich auch bereits im Stadtsenat darauf hingewiesen haben, wie die Situation tatsächlich ist. Also noch einmal: Diese Räumlichkeiten, von denen heute die Rede ist, die zu einer nachträglichen Bewertung geführt haben, wurden nicht von den Stadtwerken genutzt, sondern, wie nochmals gesagt - der Koll. Tatzreiter wird das vielleicht auch dann bestätigen können - wurden im Bestand der Liegenschaftsverwaltung geführt. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Noch eine Wortmeldung? Sehe ich keine mehr. Schlußwort Hr. Referent bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ich darf zu den Anmerkungen beider Diskussionsredner nur festhalten, daß beide insoferne recht haben, es müßten nämlich alle miteinander wissen, wem dort drüben die Räumlichkeiten gehören.

Das möchte ich nur in diesem Zusammenhang festhalten. Im übrigen war es wichtig, das zu bereinigen. Wir wissen, daß wir das brauchen, und daß in diesem Zusammenhang natürlich auch die Stadtwerkedirektoren darauf hinweisen hätten können, das ist nämlich seinerzeit auch gemeint gewesen. Es hat sich in der Zwischenzeit verändert, und es wurde nicht mehr gebraucht. Für uns ist es dringend notwendig, daß wir diese Räumlichkeiten haben, daher ist es auch notwendig, hier im Nachziehverfahren sozusagen das noch einmal zu behandeln und zu beschließen. Ich bitte um ihre Zustimmung.

STADTRAT KARL HOLUB:

Und das es dem Liegenschaftsdirektor einfallen hätte können

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Das Schlußwort ist vollbracht. Abstimmung! Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um den Verkauf der sogenannten "Knoglergründe" an die Styria Gemeinn. Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft bzw. auch an die GWG der Stadt Steyr GesmbH. Wie im Amtsbericht dargestellt, und wir haben ja dieses Grundstück schon mehrmals behandelt in unseren Sitzungen bzw. Besprechungen, geht es um ein großes Objekt, für welches wie heute schon in den Anmerkungen bzw. im Bericht des Bürgermeisters erwähnt wurde, daß wir erst diese Woche von der Wohnbaureferentin des Landes OÖ, Fr. Landesrätin Prammer hier die Zustimmung erhalten haben, dieses Grundstück zu verbauen. Es geht dabei um doch einigermaßen große Flächen. Ich darf in diesem Zusammenhang bitten, diese Bauplätze im Gesamtausmaß von 40.716 m², sowohl die 27.936 m² an die GWG der Stadtgemeinde sowie die 12.780 m² an die Styria, weiters die Abstellplätze, die ja dazugehören aufgrund der Auflagen im Gesamtvolumen von 1.821 m² und die privaten Wege zu den Objekten, die dort errichtet werden müssen, und ich bitte in diesem Zusammenhang auch den m²/Preis in dieser Form zu beschließen, nämlich in Summe den Verkauf dieser fast 45.000 m² heute zu genehmigen bzw. zu behandeln und auch den m²/Preis in der Größenordnung, wie eben im Amtsbericht ausgeführt zu beschließen. Ich bitte hier in Summe den Preis von S 25.891.264,85 der GWG der Stadtgemeinde und von der Styria S 12.312.900,60 heute zu beschließen, und ich bitte auch die Ratenzahlungen, wie hier eben angeführt, ebenfalls zu genehmigen. Ich bitte um Zustimmung.

Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

11) Bau2-86/93 Verkauf der sogenannten Knoglergründe an die Styria Gemeinnützige Steyrer Wohn- u. Siedlungsgenossenschaft so - wie die GWG der Stadt Steyr GesmbH;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 29. 4. 1996 wird dem Verkauf von Grundflächen der sogenannten Knoglergründe an die GWG der Stadt Steyr GesmbH und die Styria Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaft zu den nachstehend

angeführten Bedingungen zugestimmt:

Die GWG erwirbt insgesamt Grundflächen im Ausmaß von 29.851 m², die Styria von 14.196 m². Der Kaufpreis beträgt S 867,35 je Quadratmeter, demnach für die GWG S 25.891.264,85 und für die Styria S 12.312.900,60. Beide Wohnungsgesellschaften haben den auf sie entfallenden Kaufpreis in drei gleichen Teilbeträgen zu bezahlen, wovon die erste Rate bei Unterfertigung des Kaufvertrages, die zweite bei Baubeginn, längstens jedoch bis 31. 12. 1997 und die dritte bei Fertigstellung, längstens jedoch bis 31. 12. 1998 zu entrichten ist. Die Stadt wird das notwendige Kanalanschlußstück bis zur Hochstraße errichten, die weitere Kanalisation im Wohngebiet selbst erfolgt durch die Wohnungsgesellschaft gegen Verrechnung der Kanalanschlußgebühr nach dem Satz für Kanalaltbau, dies jedoch mit der Maßgabe, daß die Zahlung der Kanalanschlußgebühr als Vorleistung bei Herstellung des Kanalanschlußstückes bis zur Hochstraße fällig wird. Weiters hat die Stadt bis Ende 1996 die Aufschließungsstraße von der Wolfener Landesstraße als Baustraße zu errichten, um im Frühjahr 1997 mit der Bautätigkeit beginnen zu können. Die Straßenzüge in der Siedlung selbst werden von den Bauvereinigungen gegen im noch festzulegenden Ausmaß abgeminderte Anliegerbeiträge errichtet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Hr. Koll. Spöck. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR. Die GWG erwirbt rund 29.800 m², wie wir vom Referenten gehört haben. Vom Hrn. Bürgermeister haben wir eingangs gehört, es sollen etwa 265 Wohnungen von der GWG und 122 von der Styria errichtet werden. Es würde sich hier vielleicht die Möglichkeit bieten - ich habe bereits in den letzten zwei Wohnungsausschußsitzungen darauf hingewiesen - auch von Seiten der GWG zu versuchen, ein Mietkaufmodell hier anzuwenden. Ein Mietkaufmodell, das uns vor einigen Wochen vom Hrn. Prok. Gerlach von der Styria anlässlich des Besuches von Hrn. Landesrat Hiesl in Steyr vorgestellt wurde. Ich glaube, dieses Modell wäre sicherlich auch für die Stadt für einen Block erwähnenswert und in Ordnung, insbesondere wenn ich an den Resthof denke. Wir haben gerade im Resthof mit der Wohnungsvergabe sehr, sehr große Probleme. Dieses Mietkaufmodell läuft schon bei der Styria und findet Anklang. Die Vorteile von diesem Mietkaufmodell liegen vor allem in der Finanzierung, insbesondere bei den Eigenmitteln. Hier sind zu Beginn nur in etwa um die S 230.000,-- zu entrichten, im Gegensatz zu Eigentumswohnungen, wo Eigenmittel in etwa von S 450.000,-- - S 500.000,-- aufgebracht werden müßten. Es gibt dann noch weitere Vorteile. Ich meine, und hier sitzen ja auch die Verantwortlichen der GWG im GR, wenn es die Styria kann, muß es die GWG auch können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Hr. Koll Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

S 38 Mio. werden im Laufe von 3 Jahren in das Budget der Stadt Steyr von der GWG einfließen. Ich

sage das wertfrei, das ist ein Beitrag zur Stopfung unserer Budgetlöcher. Es liegt an uns, daß wir in der Planung für 1997 und 1998 diese Einnahmen nicht so verwenden, so wie wir seinerzeit die Sparkassenmillionen und seinerzeit die BMW-Gewerbemillionen verwendet haben. Es sollen hier „bewußt“ im Budget diese S 38 Mio. ausgewiesen werden, und es soll hier „bewußt“ mit diesen S 38 Mio. etwas gemacht werden. Was Vernünftiges, das nehme ich an, nicht das sie einfach in das Budget einfließen, wie seinerzeit die besagten zwei Punkte.

Zum Thema Mietkaufmodell, Hr. GR Spöck, da laufen sie offene Türen bei uns ein. Wir haben das schon jahrelang gefordert und vorgeschlagen, daß die Stadt Steyr und insbesondere auch die GWG hier Modelle entwickeln soll, daß die Bürger auch Eigentum erwerben können. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Ich möchte den Vorsitz abgeben, und mich selbst kurz an der Diskussion beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Es handelt sich hier um eine sehr große Sache, die wir hier als den letzten Tagesordnungspunkt beschließen. Ich möchte es fast betiteln mit „Resthof 2“. Es geht ein bisserl unter, wenn es hier nur heißt: „Verkauf von Gründen an die Styria und an die GWG“. Es steht auch genauer drinnen. Es geht auch um den Bau einer Straße, den die Stadt zu leisten hat. Aber ich möchte das jetzt von der Seite der Wohnbaupolitik betrachten, die wir in den letzten Jahrzehnten in unserer Stadt erleben mußten. Es ist erst vor einigen Tagen im Resthof passiert, daß man einen sehr großen Baum umschneiden mußte, weil man eine Apotheke dort errichten will und weil man dort einfach nichts für die Zukunft vorgesehen hat. Man hat eine Siedlung für 5.000 Einwohner errichtet ohne einer ordentlichen Infrastruktur. Und jetzt hören wir, sogar heute in der Einführung unseres Hrn. Bürgermeisters, es werden 380 Wohneinheiten errichtet. Wir können das ruhig mit 3 multiplizieren, also für mind. 1.000 Leute und einen Kindergarten als Infrastruktur. So bauen wir unsere Zukunft auf. Genau so, wie die letzten Jahrzehnte auch. Alle Probleme, die wir mit dem alten Modell erlebt haben, die sind wieder vorprogrammiert. Die Nahversorgung bleibt zurück. Wir haben nur Mieter. Ich bin sehr erfreut über die Wortmeldung des Hrn. GR Spöck. Wir haben im Resthof 5.000 Leute, die nicht in der Lage sind, etwas zu erwerben. Wir haben aber auch nicht die Möglichkeit, Geschäftsleuten die Möglichkeit zu geben, sich dort ein Grundstück zu kaufen und ein Geschäft zu errichten. Denn jetzt ist der Resthof fertig. Es gibt keinen Platz mehr. Jetzt müssen wir schon Freiflächen verwenden, wo der Maibaum gestanden ist. Jetzt müssen wir schon Bäume umschneiden, damit wir eine Apotheke errichten können. Also mir fehlt das komplett. Das ist überhaupt nie andiskutiert worden. Wir haben das so oft gehört, es geht immer nur um den Verkauf. Zuerst geht es um den Ankauf und dann geht es um den Verkauf. Aber es geht nicht um das „Wie“. Wie wollen wir es denn unseren Bürgern in der Zukunft ermöglichen eine Wohnung zu bekommen und zu leben. Es geht nicht nur ums Wohnen alleine. Es geht auch darum, wie sich die Leute dort dann versorgen sollen. Wo ist die Schule, wo sind die Naherholungsflächen. Es ist nicht damit abgetan, zu sagen, wir haben dort unten ein großes Kaufhaus, das „Taborland“, und da gehen dann alle hinunter einkaufen. Das wollen sicher nicht alle. Wir müssen auch davon

ausgehen, daß 380 Wohneinheiten 500 Autos bedeuten. 500 zusätzliche Autos sind auch in dieser Gegend nicht zu unterschätzen. Die Leute müssen sich alle mit dem Auto versorgen. Das haben wir schon alles erlebt. Wir hören in letzter Zeit, daß es im Resthof nicht mehr möglich ist, alle Wohnungen an den Mann zu bringen. Warum? Es hat verschiedenste Gründe. Einen Grund wissen sicher alle. Die Leute wollen dort nicht mehr. Und jetzt hört man auch die, die dort nicht mehr wollen, die sollen dann auf die Knoglergründe ziehen oder möchten dort hinziehen. Lassen wir dann auf die Knoglergründe keine Ausländer. Dort nicht! Oder schon? So wie in Wien könnten wir es auch machen. Da gibt es Gemeindewohnungen nicht für Ausländer. In Steyr ist es ein bißchen anders. Was ganz fehlt; seit einem halben Jahr läuft der Stadtentwicklungsausschuß mit verschiedensten Klausuren, und auch dort haben wir nicht diskutiert, wie man die Knoglergründe bebauen möchte, und wie dann die Leute dort leben sollen. Es fehlt komplett die Bürgerbeteiligung. Es wird zuerst hingebaut und nachher soll man schauen, wie dann die Leute dort hinkommen sollen. Dort beginnt dann die große Werbeaktion der verschiedenen Genossenschaften. So ist es, und damit haken wir das ab, und dann beginnen wir das Nächste dann auf der Ennsleite und so geht es immer so stückchenweise weiter. Überall brauchen wir dann 2 Streetworker usw.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Hr. Bürgermeister. Ich erteile es ihm.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR. Es werden S 38 Mio. in den nächsten Jahren einfließen, das ist zutreffend. Man sollte nur immer die ganze Wahrheit sagen, Hr. Dr. Pfeil. Wir werden auch S 50 Mio. ausgeben, haben sie zum Teil schon ausgegeben, um nämlich diese Gründe zu kaufen. Wir als Stadt haben im Jahr 1991 beschlossen 60.000 m² um rund S 50 Mio. zu kaufen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist alles dabei - seit 1991!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte, das haben wir beschlossen. Es ist daher wünschenswert und zielführend, möglichst rasch solche Gründe auch eben dieser vorgesehenen Widmung zuzuführen. Wir bekommen einen Teil dieses Geldes zurück. Der andere Teil, den wir nicht zurückbekommen, der ist auch als Förderung zu verstehen und als ausdrückliches Bekenntnis dafür, daß wir eben Wohnungen bauen für jene, die sich um solche Wohnungen bewerben. Ich behaupte auch, daß wir auch in der Vergangenheit bewußt etwas Vernünftiges mit dem Geld getan haben. Ich nehme das zumindest für jene Bereiche an, wo sie dem Budget den Beschlüssen zugestimmt haben, die wir gefaßt haben, wenn es auch nicht das letzte Budget war. Dennoch muß ich sagen, glaube ich, daß zumindest das Meiste davon, was wir ausgeben, vernünftig ausgegeben wird. Und so wollen wir es auch in der Zukunft machen. Was hier Mietkauf- oder Eigentumswohnungen anbelangt, so haben wir hier mit der Fr. Landesrat Prammer diese Themen angesprochen, und sie steht an und für sich positiv verschiedenen Ausführungen über Mietkauf- oder Eigentumswohnungen und normalen Mietwohnungen gegenüber. Es wird hier wahrscheinlich zweckmäßig sein, den Bedarf zu erheben. Ich glaube auch, daß wir das in Absprache

zwischen den beiden Wohnbaugenossenschaften machen müssen, die hier diese Gebäude errichten wollen. Das möchte ich zu ihnen oder zu ihren Ausführungen gesagt haben, Hr. Dr. Pfeil. Im Hinblick auf den Hrn. Koll. Fürweger möchte ich sagen, es scheint ihm entgangen zu sein, daß wir, bevor wir überhaupt an eine Verbauung dieser Knoglergründe gedacht haben, einen Architektenwettbewerb durchgeführt haben. Einen Architektenwettbewerb, an dem sich - ich glaube mich nicht zu irren - jedenfalls mehr als 12, also insgesamt 18 namhafte Architekten und Architekturbüros beteiligt haben. Wir sind dort an die 16 Stunden mit Fachleuten im Kreis gesessen und haben diese Betrachtungen gehört. Es ist daher jedenfalls von uns aus, hier im GR davon auszugehen, daß alle zeitgemäßen Überlegungen, die es bei der Ansiedlung von Wohnungen in dieser Größenordnung gibt, eingeflossen sind. Natürlich ist hier die Dichte der Verbauung, die Nähe zum Umfeld zur Nahversorgung, die Versorgung mit Straßen und Infrastruktureinrichtungen debattiert und diskutiert worden und in die Planungen eingeflossen. Es hat natürlich auch bei der Bewertung des Siegers dieses Architektenwettbewerbes dabei eine Rolle gespielt. Ich wehre mich dagegen, daß man sich plötzlich hierherstellt, nachdem das alles geschehen ist und sagt, wir bauen, so wie immer, einfach vor uns hin.

Das ist definitiv nicht mehr der Fall. Ich möchte aber auch nicht im Raum stehen lassen, daß vielleicht in der Vergangenheit dort und da Fehler gemacht wurden. Daß man den Städtebau vielleicht zu einseitig betrieben hat. Aber aus der Sicht von 1962, ich habe das schon öfter gesagt, haben die Dinge anders ausgesehen Hr. Koll. Da ist es darum gegangen, den Menschen ein Dach über den Kopf zu machen. Wir sollten aus dem, was bisher geschah, lernen. Dort, wo wir Probleme haben, werden wir auch geeignete Maßnahmen ergreifen müssen. Da gibt es eben in manchen Bereich die Notwendigkeit, ein Infrastrukturnachrüstprogramm zu plazieren. Das ist nicht nur in unserer Stadt so und nicht nur auf den Resthof zu beziehen. Niemand hat sie aufgehalten über die Knoglergründe hier im Planungsausschuß zu diskutieren. Jeder hat ja hier das Recht der freien Meinungsäußerung gehabt, nur die Antwort wäre wahrscheinlich von allen Fachleuten dort gewesen, daß eben dieser Architektenwettbewerb vorangegangen ist. Ich kann also hier wirklich nur sagen, daß sich die Schule eigentlich in unmittelbarer Nähe befindet. Das Taborschulzentrum ist unser größtes, es ist ja wirklich nicht zu übersehen, Hr. Kollege. Was wir brauchen, ist eine gewisse Entlastung dieses Schulzentrums, welche wir schaffen wollen, indem wir im Resthof eine Volksschule errichten. Das ist sehr wohl im Planungsausschuß diskutiert worden. Damit beschäftigt sich auch der Bezirksschulrat und die Schulbehörde und alle, die einschlägig hier Interesse und Verantwortung tragen. Nahversorgung wird sicher nicht nur das Taborland sein, obwohl es in greifbarer Nähe ist. Man wird sicher dort auch einen Gehweg diese ca. 150 m hinunter errichten müssen. Ich halte das jedenfalls für zweckmäßig. Es ist auch nicht möglich, sozusagen im Vorfeld den Nahversorger zuerst auf die grüne Wiese zu setzen. Es wird halt einfach nicht möglich sein. Ich bitte also wirklich zu akzeptieren, daß man sich wirklich sehr ernsthaft und sehr sorgfältig damit auseinandergesetzt hat, wie die neuen Wohngebiete angelegt werden. Und das bei Größenordnungen, wie dieser, es immer noch ein Novum darstellt, daß beim Wohnbau Architektenwettbewerbe durchgeführt werden. Das ist nicht selbstverständlich. Wir haben uns dazu entschlossen und auch das Geld dafür in die Hand genommen. Wir haben einen weiteren Beweis dieser Sorgfalt vorzuweisen, in dem wir auch die Steyr-Daimler-Puch AG und ihre Wohnungsgesellschaft dazu veranlaßt haben, einen Architektenwettbewerb sozusagen durchzuführen. Die haben nicht nur Freude damit gehabt. Aber es ist jedenfalls der Beweis dafür, daß wir nicht sorglos und planlos an die Realisierung großer Wohnbauvorhaben herangehen, sondern zum Unterschied von früher, als die Umstände auch andere gewesen sind, hier versucht haben, aus Fehlern zu lernen und mit wirklich zeitgemäßen Methoden und Instrumenten an diese Entwicklung herangehen. Das wollte ich bei dieser Gelegenheit zur Klarstellung schon einmal gesagt haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich gebe den Vorsitz wieder an den Hrn. Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn GR Fürweger das Wort.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Werter GR, Hr. Bürgermeister. Es geht hier um eine riesen Fläche. Es geht hier um 59.000 m². 44.000 m² werden von Wohnungsgesellschaften verbaut. Da bleibt nicht mehr viel über. Es bleiben nur mehr 15.000 m² über. Der Kindergarten kommt weg, so sind es nur mehr 9.600 m². Hier gehen dann, wir lesen es im Amtsbericht, 7.500 m² in öffentliches Gut über. Es ist einfach zu wenig Platz, daß sich später Infrastruktur dort von privater Hand ansiedeln kann. Es wird schon wieder alles verbaut. Es ist doch ganz klar; ich verlange nicht, daß dort jetzt schon Geschäfte gebaut werden, wenn noch keine Leute dort wohnen. Darum muß man die Flächen freihalten. Solange, bis dort genügend Leute wohnen. Aber dann muß man die Möglichkeit haben, daß sich dort ein Geschäftsmann etwas hinbauen kann. Das natürlich ein Architektenwettbewerb gemacht werden muß, das ist ganz klar. Aber denen geht es nur um das Gestalten. Bitte, einen Architekten geht es überhaupt nicht darum, wo die Jugendlichen ihre Zeit verbringen sollen. Wo ist für die Jugendlichen dort oben Platz vorgesehen? Nirgendwo. Genauso wie am Resthof jetzt. Jetzt muß man ein Büro beim Pfarrer anmieten für die 2 Streetworker. Dann schaut es dort oben in 10 Jahren genauso aus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Dr. Pfeil, die zweite Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bürgermeister, ich kann das natürlich nicht im Raum stehen lassen, wenn sie sagen, ich habe von Halbwahrheiten berichtet. Ich nehme nicht an, daß der geneigte GR es vergessen hat, daß wir die größten Ausgaben mit dem Ankauf der Knoglergründe, in den letzten Jahren gehabt haben. Also das habe ich als „bekannt“ vorausgesetzt. Wenn sie das als Halbwahrheit bezeichnen, dann tut es mir ziemlich leid. Aber ich unterstelle ihnen, daß sie uns Halbwahrheiten sagen. Wenn sie sagen, daß hier ein Architektenwettbewerb gemacht wurde. Sie haben hier wörtlich gesagt: „Bevor wir überhaupt an eine Verbauung gedacht haben, haben wir einen Architektenwettbewerb ausgeschrieben.“ Ich glaube, es wäre ziemlich blöd von uns gewesen, wenn wir zuerst das Grundstück gekauft hätten ohne der Absicht, dort Wohnbebauung zu machen. Ich glaube, zuerst haben wir schon die Absicht gehabt, dort einmal etwas Grundsätzliches hinzubauen. Das andere ist, daß zuerst nur ein einzelner Architekt mit der Planung dieser Wohnfläche betraut wurde, und dann erst, nach Druckausübung, der Architektenwettbewerb zustande gekommen ist. Soviel zur Halbwahrheit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja bitte, was wollt ihr jetzt eigentlich? Der Hr. Koll. Fürweger ist der Meinung, daß das sowieso alles „nichts“ ist.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Jetzt gäbe es noch die Möglichkeit für verschiedene Überlegungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, aber bitte Fr. Koll. Bauer. Fragen sie einmal einige, wie zB den Hrn. Baustadtrat. Hätten sie sich 16 Stunden hingesetzt, dann hätten sie gehört, was die Fachleute und Architekten alle für Überlegungen angestellt haben. Ich gehe einmal davon aus, daß die Fachleute, und so billig sind sie ja nicht und renommierte Fachleute waren genug darunter, von dieser Materie wirklich mehr verstehen. Sonst müßten wir ja nicht einen Architektenwettbewerb machen. Ich meine, wir sind wirklich an die Sache sorgfältig herangegangen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sie verstecken sich hinter Fachleuten, hinter Prof. Breitling. Sie verstecken sich wirklich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein! Ich verstecke mich hinter niemanden. Aber ich habe auch nicht die Überheblichkeit, daß ich mir einbilde, überall am meisten zu verstehen. Zu dem gibt es nämlich Fachleute, und wenn einer sein ganzes Leben, wenn er Architektur studiert, wenn er sich mit Raumplanung beschäftigt, wenn er all diese komplexen Themen wirklich ausgezeichnet beherrscht und versteht, wenn er Inhaber eines Lehrstuhles ist, in diesem Bereich, dann wird er wohl in der Lage sein, uns richtungsweisendes sagen zu können. Ich bilde mir nicht ein, daß ich von diesen Dingen mehr verstehe, als solche Fachleute. Es gibt ein paar Dinge, von denen bilde ich mir ein, da verstehe ich mehr wie andere. Aber es gibt ein viel weiteres Feld, wo man eben weniger versteht. Das sollten wir uns auch bei dieser Gelegenheit einmal vor Augen führen. Hr. Koll. Philipps hat sich zu Wort gemeldet, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertcs Präsidium. Mit großer Verwunderung stelle ich diesen Meinungsumschwung der FPÖ fest, die also jetzt offensichtlich der Meinung ist, daß hier vergessen wurde, rechtzeitig im Resthof für 2 Streetworker einen Platz zu finden. Das hier wohl genug arangiert wurde für die neuen Knoglergründe, daß die Infrastruktur stimmt, daß hier ein Architekturwettbewerb stattgefunden hat, das ist wohl klar aus den Wortmeldungen hervorgegangen. Und daß in den Knoglergründen noch 2 weitere Streetworker untergebracht werden sollen und müssen, das wollen wir alle mitsammen nicht hoffen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Also die Streetworker hätten wir abgehandelt. Gibt es noch eine Wortmeldung zum Ankauf dieser Grundstücke für unsere GWG und der Styria. Der Hr. Koll. Payrleithner, bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR. Ich glaube, nach diesem Eindruck der hier jetzt entsteht, vor allem aufgrund der Wortmeldung vom Hrn. Bürgermeister Leithenmayr, ist es schon mehr zurückzuweisen. Es geht ja nicht darum, daß wir jetzt plötzlich gegen dieses Projekt dort oben sind. Davon kann überhaupt nicht die Rede sein. Und auch nicht gegen den Verkauf und auch nicht gegen den Wohnbau. Aber bitte, es ist ja wohl legitim, ganz im Gegenteil, es ist sogar außerordentlich wichtig und erforderlich, über ein derartig großes Projekt, und es geht ja auch bitte um viel Geld letzten Endes, im GR darüber zu diskutieren. Ich glaube, letzten Endes sind wir auch dafür da. Also, uns jetzt unterzujubeln, daß wir dagegeben sind, davon kann überhaupt keine Rede sein. Daß der Resthof kein Paradebeispiel für den Wohnbau in Steyr ist, ich glaube, das ist inzwischen ja nicht nur dem GR bekannt, sondern wahrscheinlich jedem Steyrer Bürger. Sie selber haben ja vor kurzen in der Pressemitteilung uns mitteilen lassen, daß sie jetzt dafür sorgen, daß der Wohnbau dort eingestellt werden soll, wenn ich das so richtig verstanden habe. Ich glaube, das alleine ist schon ein Eingeständnis einer falschen Wohnbaupolitik am Resthof. Daß dann jetzt die Leute warten sollen, und sich nicht mehr um Wohnungen am Resthof bewerben sollen, weil ja bald die Knoglergründe zur Verfügung stehen, ist auch nicht gerade bezeichnend für eine gute Wohnbaupolitik.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich habe nicht gesagt, daß wir den Wohnbau am Resthof einstellen. Ich war nur der Meinung, daß eher restriktiv im Resthof weitergebaut werden soll und neue attraktivere Gebiete hier erschlossen werden sollten. Das ist ja auch zeitgemäß. Es entspricht auch der normalen Vorgangsweise. Wir haben den Grund für den Wohnbau gekauft. Es war immer eindeutig. Wir haben alle Vorbereitungen sorgfältig getroffen. Wir haben jetzt die Wohnbauförderungsmittel zugesagt bekommen. Also kann dieser Bau nach den Plänen, die im Architektenwettbewerb ermittelt wurden in Szene gehen. Das ist ein ganz normaler, korrekter Vorgang in Schritten, die man ansich kaum kritisieren kann. Jedenfalls kann ich mir das nicht vorstellen. Das ist die eine Seite. Zum zweiten habe ich dazugesagt: „restriktiver Vorgang beim Wohnbau gegenwärtig im Resthof, Konzentration hier auf ein Infrastrukturnachrüstprogramm, Einrichtungen dort möglichst hinzubringen, die das Wohlbefinden der Bevölkerung in diesem Bereich steigern können, die identifikationsstiftend sind Maßnahmen zu ergreifen, die eigentlich auch plausibel erscheinen müssen.“ Es ist natürlich auch nicht so, daß der Resthof so schlecht ist, wie er gemacht wird, oder wie er diskutiert wird. Ich bin nämlich der Meinung, daß die Wohnverbauung nicht so schlecht ist. Im Vergleich mit anderen Satellitenstädten jedenfalls, hält er einen Vergleich jederzeit Stand. Es sind auch dort die Wohnungsmieten verhältnismäßig günstig. Das muß man sagen. Aber es ist hier auch eine Frage der Psychologie. Ich möchte erinnern, daß ich seit 20 Jahren im Wehrgraben wohne, und ich möchte euch nicht erzählen, was alles über den Wehrgraben vor 20 Jahren und auch noch vor 7 - 8 Jahren gesagt wurde, und wie heute der Wehrgraben beurteilt wird. Aber das selbe trifft auch für die Ennsleite und für andere Stadtteile zu. Das geht reihum. Dieses sind auch zeitgeistige Strömungen, die hier Platz greifen, glaube ich. Wir müssen nicht noch unseres dazu tun, daß man ein Stadtviertel schlecht macht, schlechter als es ist, sondern wir wären eigentlich aufgerufen zu schauen, daß alle Stadtviertel eher in eine Positivbewertung auch in der öffentlichen Meinung kommen. Für das sollten wir uns eigentlich einsetzen, und zu dem möchte ich gerne aufrufen. Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Wenn nein, dann bitte ich hier zur Abstimmung. Und wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen mit der Hand. Schlußwort? Pardon!

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertbes Präsidium. Nur ein paar Anmerkungen zu den vorgebrachten Anmerkungen ihrerseits. Zum Koll. Spöck bzgl. dem Mietrecht: Wir haben genau über dieses Thema - die Kollegen von der Styria waren dabei - bei der Fr. Landesrätin vorgesprochen, und sie hat gemeint, es könnte vielleicht sogar in den nächsten Jahren hier ein böses Erwachen kommen, weil sich doch einiges verändern kann. Auch im Steuerrecht usw. Auch da könnte sich vieles ändern und dann könnte es möglicherweise zu einer negativen Situation führen, weil man ja nicht weiß, wie es in 10 Jahren aussieht. Man muß ja einen längerfristigen Vertrag machen. In diesem Zusammenhang könnte es dann passieren. Zum Eigentumserwerb als solches in Summe haben wir zumindest von der Fr. Landesrat - gemeinsam jetzt - den Auftrag erhalten, daß wir uns das in Steyr ausmachen sollten, wer hier ganz besonders in den Vordergrund tritt, auch mit der Frage Eigentumswohnung zum Beispiel. Hier ist die Styria, wie wir wissen, ja immer sehr stark und in diesem Zusammenhang glauben wir auch, wenn das so kommt, sollte auch die Styria auf dem Gebiet weitertun. Es ist aber eine Frage, die abzuklären ist. Wir haben die Möglichkeit, uns darüber Gedanken zu machen, auch als GWG der Stadtgemeinde. Aber nicht im Vordergrund. Im Vordergrund steht einmal der soziale Mietwohnbau. In diesem Zusammenhang ist hier die Frage so behandelt worden. Zum Wert selber brauche ich nichts mehr zu sagen, Hr. Dr. Pfeil. Es hat schon der Hr. Bürgermeister darauf hingewiesen, daß diese S 38 Mio. ja zuerst einmal mit einem riesen Volumen unseres Geldes der Stadtgemeinde ausgegeben wurden und jetzt wieder zurückfließen. Nicht mehr in der Größenordnung, was eben seinerzeit dafür aufgewendet wurde. Ich glaube aber, daß damals einstimmig abgestimmt wurde, auf das kann ich mich noch gut erinnern, das ist nämlich das Entscheidende dabei. Wir waren uns damals alle einig, daß hier genau diese Grundflächen, nämlich diese günstige Lage der Knoglergründe, dazu führt, daß es hier aufgrund der räumlichen Nähe der Infrastruktur überhaupt sehr günstig ist, und daß wir hier sozusagen einen attraktiven Platz möglicherweise für den sozialen Mietwohnbau bzw. für Eigentumswohnungen dort ganz besonderer Art errichten können. Die Kritik, die vom Hrn. Koll. Fürweger kommt, die möchte ich auch zurückweisen, und ich bin persönlich zu tiefst berührt dabei, daß wir von uns aus immer wieder den Resthof kritisieren - es mag das eine oder andere dort wirklich nicht so sein, wie es sich vielleicht die Mehrheit wünscht, oder zumindest einige wünschen - , das ist eigentlich nicht das, was ich mir vorstelle. Ich bin schon mehrmals durchgegangen, das können sie mir abnehmen. Wenn es irgendwo Probleme gibt, gehe ich hin. Ich bin auch mit der Geschäftsführung unterwegs in diesem Zusammenhang, um die Dinge sofort aufzulisten und wieder abzustellen. Aber ich stelle fest, bei konkreter Frage, welche Probleme es wirklich gibt, kommt eigentlich nur eines immer wieder vor, vor allem bei den Jüngeren, daß ihnen die Schule dort unten fehlt. Das ist ein zentraler Punkt, der fehlt dort unten. Es wurde vom Herrn Bürgermeister Leithenmayr, daß hier das Nachrüsteprogramm vor allem und vordergründig jetzt zuerst einmal die Apotheke errichtet, weil das ist schon eine 10 Jahre alte Forderung dort unten, und daß im Nachrüsteprogramm die Volksschule dort gemeint ist. Das ist ein wichtiger Punkt und Hinweis auch der Mieter dort unten. Ich darf zur Sachlage des Resthofes nur anmerken, daß die Wohnungen natürlich Früher hat man geglaubt, daß ein Wohnbeton - ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiet - eine schnelle Bauweise und sehr komfortabel ist, der jedoch auch seine Tücken hat - wenn ich das so sagen darf. Wahrscheinlich ist er auch verbessert worden. Man hat ja die letzten Bauwerke dort unten mit Ziegel gebaut und auch mit Dächern. Ich bin ja auch ein Gegner von Flachdächern, das muß ich ehrlich sagen. Ich war immer daran interessiert, daß man dort irgendwann einmal mit den Flachdächern aufhören muß, weil es bei Unwettern, wie wir ja aus der Vergangenheit wissen, mehrmals sehr starke Schäden gegeben hat. Es ist nicht sehr schön, wenn man solche Häuser Die schauen so aus, als wie wenn man Würfel hinstellt, und das gefällt halt nicht. Das hat vielleicht den äußerlichen Charakter, den die Bewohner dort möglicher Weise aufgrund der Diskussionen, wenn sie Besuch bekommen oder sonst irgend etwas, möglicherweise negativ erwähnen. Daß aber der Abschluß der letzten Häuser dazu geführt hat, daß dort eine wesentliche Verbesserung ist, bestätigen mir dort die Bewohner. Ich kenne sehr viele und einige, die ich immer wieder frage, die bestätigen mir, daß es hervorragend wohnen ist. Vielleicht macht es auch die Randslage schön, weil man an der Hangkrone mit dem Ausblick dort

ganz besonders gerne wohnt. Das kann ich nur jetzt feststellen. Zum anderen darf ich sagen, daß 387 Wohnungen dort gebaut werden und es ist nur ein knappes Viertel von dem, was im Resthof jetzt schon Existent ist. In diesem Zusammenhang darf ich bitten, diese Diskussion nicht auf diese Art zu führen, weil ich glaube, daß 387 Wohnungen, nicht einmal knapp der Größenordnung des Dachsbergers, entsprechen. Wenn ich die Frage, wie es ihnen geht, dann sagen sie alle „gut“. In diesem Zusammenhang darf ich bitten, bei der Diskussion dies mit zu berücksichtigen und bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand, daher ist der Antrag einstimmig beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Wir haben heute beschlossen, S 5.667.600,-- auszugeben.

BEGINN DER AKTUELLEN STUNDE UM 16.41 UHR

SPÖ - kein Thema.

FPÖ - ein Thema? Bitte sehr Hr. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte am Anfang der aktuellen Stunde den Inhalt meines Beitrages klarstellen: Es geht um das Bahnhofsparkdeck, und ich bin grundsätzlich dafür und unterstütze das Projekt voll, daß eine Anbindung von der Dukartstraße zur Umfahrungsstraße dringend notwendig ist. Ich möchte aber, nachdem dieses Projekt in die Realisierungsphase kommt, ein bißchen die Vergangenheit beleuchten. Wir haben uns im Jahre 1992 damit auseinandergesetzt, wie dieses Projekt am besten angegangen werden soll, und es wurde der Gestaltungsbeirat beigezogen. Hier hat es schon die ersten Probleme gegeben. Nämlich es wurde ein ausgeschriebener Wettbewerb gemacht mit 4 Architekten, die aber mit gewissen und sehr engen Vorgaben bedacht waren. Dh. , es war unbedingt eine Rampenlösung hier vorgesehen und ein Parkdeck über dem Bahnhof. Von den 4 Architekten haben sich 2 derart geäußert, daß sie gesagt haben, eine Rampenlösung ist für das Stadtbild nicht verträglich. Der Gestaltungsbeirat vom 1.4.1993 - ich war selber dabei, und ich war erschüttert von seiner Stellungnahme, insbesondere des Vorsitzenden beim Lokalausgusschein - hat alle diese Rampenlösungen verdammt. Er hat sehr deutliche Worte dafür gefunden. Wir ruinieren unser Stadtbild. Es wurde dann in einer auch sehr merkwürdigen Bauausschußsitzung vom 20.4. 1993, wo unter dem Punkt „Information“ im Gestaltungsbeirat über den Neubau des Bahnhofsparkdecks bzw. über die Rampenlösung berichtet und hier abgestimmt wurde. Entgegen dem Gestaltungsbeirat wurde ein anderes Projekt, eben ein Rampenlösungsprojekt bevorzugt. Mit Gründen, das war am 20.4. 1993, vor gut 3 Jahren. Es gehört aber zur Geschichte dazu, weil damals Kostenargumente primär dargestellt wurden, daß Kostenargumente für die Rampenlösung sprechen. Ich habe die Zahlen von damals noch hier. Das eine Projekt - Arch. Schmid S 82 Mio., Arch. Reitter S 96 Mio., Arch. Falkner S 108 Mio. und Arch. Proyer S 125 Mio. So wurden sie damals dargestellt. Ich kann mich auch noch sehr gut erinnern, der

Hr. Bürgermeister hat gesagt: „S 80 Mio. darf das Bahnhofsparkdeck kosten und um keinen Schilling mehr. Deshalb wurde dem einen Projekt, der Vorzug gegeben.“ In einer Anfrage haben sie dann einige Zeit später zugegeben, daß es etwa S 140 Mio. kosten wird, ohne die Grundstücksablösen, die wir dann bezahlen mußten. Jetzt sprechen wir von Kosten in Höhe von S 110 Mio., und es hat sich bei der Bundesbahn in den letzten 3 Jahren einiges geändert. Es ist das eingetreten, was wir nachweislich 1993 schon besprochen haben und was abzusehen war. Es ist ein Ende des Gütermagazins zu sehen, dh. es ist schon ein Ende da. Es ist ein Ende der Streckenleitung da, es ist ein Ende des Verschiebe- bzw. Verladebahnhofes auf der anderen Seite da und man diskutiert sogar darüber, die anderen Gebäude auf der anderen Seite wegzugeben. Ich habe damals 1993 gesagt, man sollte überlegen, ob dieses Gesamtprojekt in diesem Ausmaß für die Stadt einen Sinn gibt. Es wurde dann 3 Jahre still über dieses Projekt, weil eben kein Geld bei den Geldgebern, sprich insbesondere Bundesbahn vorhanden war, erst dieses Jahr hat sich die Bundesbahn bereit erklärt. Damit kein Fehler aufkommt! Ich unterstütze das Projekt „Bahnhofsparkdeck“ sehr. Es ist ein Schlüsselprojekt. Das ist das einzige, was wirklich stimmt. Ein Schlüsselprojekt unseres Verkehrsprojektes. Nur das „Wie“. Es hätte bei wirklich besserer Planung und Vorbereitung bei Nützen dieser Nachdenkpause diese Rampenlösung für das Stadtbild überdacht werden müssen. Es hätte eine aktuellevisuelle Raumplanungsprüfung gemacht werden müssen. Das gibt es heute. Ich glaube, niemand in diesem Raum hier weiß, wie der aktuelle Stand tatsächlich ist, wie dieses Parkdeck nun endgültig gebaut wird. Wer es weiß, bitte möge vortreten. Ich weiß, es ist nicht bekannt, wie das Parkdeck 2-stöckig aussehen soll. Ich glaube schon, daß dieses riesen Bauvolumen, unser Stadtbild hier nachhaltig verändert, daß eine bessere Planung und Beurteilung durch uns Gemeinderäte verdient hätte. Ich würde daher wirklich vorschlagen, die vorhandene Zeit zu nützen. Hr. Bürgermeister, es ist mir wirklich ein Anliegen für das Stadtbild, daß wir gemeinsam alle eine Visuallisierung des ganzen Projektes machen. Das ist heute technisch möglich. Das kostet nicht all zu viel. Ich glaube, das hat sich das Projekt verdient. Man sollte das auch der Bevölkerung noch über den Sommer darstellen, so schaut die Rampe aus. Es sollte dann auch eine genaue Kostenaufstellung für uns GR geben. Im Herbst werden wir ja dann auch mit dem Budget wieder zu tun haben, und mit den bisher vorgesehenen S 8,5 Mio. werden wir ja nicht weit kommen. Deshalb würde ich dringend ersuchen, eine Einbeziehung der Gemeinderäte und der Bevölkerung vorzubereiten und in eine endgültige Betrachtungsweise dieses Bahnhofsparkdecks und auch eine Bekanntgabe der Kosten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht von der SPÖ dazu das Wort? Keine Wortmeldung! Ich kann nur dazu erklären, Hr. Dr. Pfeil, daß ihre Schilderung, die ich teilweise auch so sehe, teilweise naturgemäß etwas anders. Ich habe zB nie gesagt S 80 Mio. und keinen Schilling mehr. Es ist nur so, daß diese S 80 Mio. jener Wert waren, der von den Planern der Bundesbahn genannt wurde. S 80 Mio. Und daß alle Fachleute die Meinung vertreten haben, daß andere Lösungen, wie Tunnellösungen unter die Ennsleite usw., alle wesentlich teurer werden. Es ist auch dazu gekommen, daß diese S 80 Mio., die ursprünglich von der Bahn selbst hier als Schätzwert angegeben wurden, wahrscheinlich nicht zu halten sind. Nicht zuletzt auch deswegen nicht, weil zusätzliche Wünsche eben von den Busgesellschaften zB hereingebracht wurden und Veränderungen durchzuführen waren. Es hat hier Aufstockungen durch diese Wünsche gegeben, hat auch Abspeckungen gegeben. Von was wir jetzt reden, diese S 110 Mio., das sind die gegenwärtigen Schätzkosten. Die wirklichen Preise werden wir erst wissen, wenn die Ausschreibung erfolgt. Wir haben in der Zwischenzeit das Projekt auf allen Ebenen vorangetrieben. Sowohl auf Bundesebene, was ja nicht so leicht war, denn ich möchte daran erinnern, daß zunächst hier der Hr. Bundesminister Streicher zuständig war, in weiterer Folge der Hr. Bundesminister Klima zuständig war, der als Rechtsnachfolger aber andere Vorstellungen natürlich gehabt hat. Die Bundesbudgetsituation, die ÖBB-Diskussion dürfen wir nicht vergessen. Daß wir dort einen Generaldirektor Übleis gehabt haben, der mittlerweile auch ausgetauscht wurde gegen den Generaldirektor Draxler, daß hier im Gespräch war von der Landesseite der Hr. Landeshauptmann Dr. Ratzenböck, mittlerweile ist es der Hr. Landeshauptmann Dr. Pühringer, daß hier aufgrund dieser

langen Vorlaufzeiten bei so großen Projekten es außerordentlich schwierig ist, überhaupt die Kontinuität herzustellen und zu wahren um so ein Projekt wirklich umzusetzen. Ich muß ihnen ehrlich sagen, Hr. Dr. Pfeil, wenn es jetzt, wo endlich dieses Projekt durch das Vorprüfungsverfahren - da gibt es einen eigenen Infrastrukturausschuß bei der Bundesbahn - durch den Aufsichtsrat durch ist, wenn sie das jetzt in Frage stellen möchten, indem sie das Projekt jetzt wieder neu aufrollen und jetzt ein Bevölkerungsbeteiligungsverfahren einleiten wollen, dann sage ich ihnen, ist das Projekt „gekillt“. Dann ist es „tot“. Um diese S 55 Mio., die in dem Budget der Bundesbahn jetzt drinnen stehen, um die wurde ein heißer Kampf geführt, an dem haben sie sich ja nicht beteiligt. Ich kann ihnen aber das sagen. Ich habe viele, viele Gespräche mit all den zuständigen Leuten, vom Bundeskanzler bis zum Minister bis zum Generaldirektor bis zum Generaldirektor-Stellvertreter mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden usw. geführt. Mit dem Hrn. Landeshauptmann und seinem Nachfolger und mit dem zuständigen Verkehrslandesrat. Es ist eine Sisyphusarbeit, das durchzuführen. Wir haben die Grundstücke gekauft, damit wir überhaupt signalisieren, wie ernst uns dieses Schlüsselprojekt für die Umsetzung des Verkehrsprojektes ist. Wenn sie jetzt eine Art „Bürgerbeteiligungsverfahren“ neuerlich in Gang setzen, werden sich die Herrschaften in Wien und in Linz zurücklehnen. Sie können darauf wetten, daß dann jahrelang dieses Schlüsselprojekt für die Umsetzung des Verkehrsprojektes kein Thema mehr sein wird. Und das müssen sie sich als Verkehrsreferent dieser Stadt schon auch überlegen. Das möchte ich bei der Gelegenheit doch auch einmal gesagt haben. Natürlich gebe ich ihnen Recht, daß die Masse dieses Bauwerks eine erhebliche ist. Wir haben das aber immer gewußt. Es handelt sich immerhin um ein Funktionsbauwerk. Wir waren uns darüber im klaren, und es sind immerhin mehrere Architekten eingeladen worden, und ich möchte - das haben sie übrigens auch richtig gesagt - darauf hinweisen, daß gewisse Einschränkungen für die Architekten da waren. Nämlich deswegen, weil es sich in Wirklichkeit um ein Bahnbauwerk handelt, das hier nach zwei verschiedenen Verfahrensgesichtspunkten zu beurteilen ist, und weil hier Sachzwänge einfließen aufgrund des Bahnbetriebes, die natürlich berücksichtigt werden müssen. Sonst wäre dieses Projekt überhaupt nicht machbar gewesen. Es handelt sich dabei also um einen Kompromiß, der immerhin im Gestaltungsbeirat diskutiert wurde, der immerhin von 4 Architekten bearbeitet wurde, und wir haben uns dann bekennen müssen, und ich bin froh, daß wir das getan haben, und ich stehe dazu, sonst hätten wir heute noch diese Endlosdiskussion fortgesetzt und die Bürger der Stadt müssen erwarten dürfen, daß man irgendwann, wenn es doch schon 5 - 6 Jahre dauert, so ein Projekt auch durchführen können und so zur Problemlösung, was die Verkehrssituation in unserer Stadt anbelangt, beitragen können.

Danke.

Ich würde jetzt fragen, ob von der FPÖ jemand noch das Wort dazu wünscht? Nicht der Fall.

ÖVP? Hr. StR. Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Ich möchte einmal eine grundsätzliche Stellungnahme abgeben. Ich glaube, wenn wir es ernst meinen mit der Verwirklichung des Verkehrskonzeptes, dann dürfen wir aber schon gar nicht die Verwirklichung der Verkehrsdrehscheibe am Bahnhof verhindern oder verzögern. Es wurde von Hrn. Dr. Pfeil angesprochen, daß in einer Bauausschußsitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Information“ darüber berichtet wurde, das Modell vorgestellt wurde und dann abgestimmt wurde. Es ist richtig, daß das in der Ankündigung drinnen stand. Dr. Pfeil war anwesend, aber wie eben des öfteren, ist er nach dem ersten Tagesordnungspunkt gegangen und war dann bei der Diskussion und bei der Beschlußfassung nicht mehr zugegen. Ja, es ist vielleicht eine unglückliche Formulierung gewesen. Aber bitte, es war ein Tagesordnungspunkt auf der Einladung des Bauausschusses.

ZWISCHENRUF:

Das war ein Trick.

Das ist kein Trick, das hat mit einem Trick nichts zu tun, sondern es war ganz eindeutig.....

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

Aber bitte, sie streiten um des Kaisers Bart, glaube ich. Auf alle Fälle bin ich der Meinung, daß die Errichtung dieses Bauwerkes nicht verzögert werden soll. Zum Gutachterverfahren: Es war kein Architektenwettbewerb, sondern es war ein sogenanntes Gutachterverfahren, bei dem 4 namhafte Architekten eingeladen wurden und jeder seine Ideen dort präsentiert hat. Die Beurteilung durch den Gestaltungsbeirat hat das Projekt von Schmid, das ja zur Ausführung gelangen soll und wird, in zweiter Position gereiht, eigentlich fast gleichwertig, nur ist damals der Vorsitzende des Gestaltungsbeirates Arch. Kada vorzeitig abgereist und im Protokoll ist das dann nicht mehr so zum Ausdruck gekommen. Aber bei der Diskussion und bei der Beurteilung hat er es praktisch gleichwertig, zumindest an zweiter Stelle gereiht gehabt. Es gibt aber dann dazu, und das habe ich auch schon einmal in einer früheren Diskussion gesagt, eine Beurteilung bzw. ein Gutachten vom Prof. Breitling, weil man sichergehen wollte, ob wirklich der Gestaltungsbeirat hier die allein richtige Meinung vertritt und alle anderen eigentlich daneben sind und nur das Projekt Schmid bevorzugt werden soll. Der hat sich sehr eindeutig dafür ausgesprochen. Er hat ein 8 Seiten langes Gutachten erstellt. Ich habe das auch schon einmal des längeren ausgeführt und erklärt, daß Schmid eigentlich als einziger die Kriterien erfüllt. Das war ja der Hauptgrund, weil der als einziger die Verkehrsanbindung zur Umfahrung gelöst hat. Er hat dann noch weiters erklärt, daß zB der Begriff „städtebaulich“, der im Protokoll des Gestaltungsbeirates verwendet wird, darf nicht zur Kennzeichnung einzelner städtebaulicher Anliegen, etwa gestalterischer oder ortsbildpflegerischer Natur genutzt werden, denn Städtebau unterscheidet sich von anderen Teilbereichen oder Einzeldisziplinen der Ordnung unserer Umwelt durch eine umfassende Sicht der Dinge, in welche gestalterischer, wirtschaftliche, verkehrliche, rechtliche, funktionale, strukturelle uva. Regeln integriert sind. Er sagt dann auch: „Das Stadtgefüge von Steyr ist zum ersten gekennzeichnet durch seine prägende Topographie mit den Flußläufen der Enns und Steyr, durch die zum großen Teil unbebauten und begrüneten Steilufern und durch die oberhalb der Flüsse entstandenen Geländeterrassen. Zum zweiten von der Tatsache, daß sich bis in die jüngste Vergangenheit hinein die Stadt in klar erkennbaren Klustern von Industrie und Gewerbezone und zugeordneten Wohngebieten entwickelt hat. Altstadt, Steyrdorf, Tabor Steyr-Werke, Ennsleite, Hinterberg, Münichholz usw.“ Er hat dann Stellungnahme zu den einzelnen Entwürfen genommen und zum Projekt, das jetzt wirklich auch ausgeführt werden soll, das möchte ich vielleicht hier noch erwähnen. Anmerkungen zum Projekt Schmid: „Die Zäsur der Eisenbahnlinie wird durch das Schmid'sche Projekt auf zwanglose Weise überbrückt. Durch den Wegfall der Verkehrsader Dukartstraße, Pachergasse werden Bahnhof, Regionalbusbahnhof und städt. Busbahnhof dem Stadtzentrum sozusagen näher gerückt. Der Maßstab des Ennsdorfs wird durch das Schmid'sche Parkdeck nicht über Gebühr verändert. Mit Sicherheit nicht annähernd so stark, wie durch das hohe Haus an der Färbergasse. Von da aus wird das Bauwerk nur von wenigen Stellen aus zu sehen sein, insbesondere vom oberen Schiffweg aus und vom ehemaligen Brückenkopf der abgebrochenen Ennsbrücke. Von anderen, höher gelegenen Aussichtspunkten der Stadt wird das Bauwerk eher als willkommen verbindendes Element zwischen dem Ennsdorf und der Ennsleite in Erscheinung treten, welches nicht die unangenehme, technoide Gestalt des ursprünglichen Verkehrsentwurfes hat. Vom Nordosten her gesehen versteckt es den Abschluß des Bahnhofplatzes. Der Hessenplatz erhält

ebenso, wie beim Entwurf Falkner, die auch vom Gestaltungsbeirat geforderte östl. Raumwand. Die Fensterfront des Aufnahmegebäudes auf der Bahnseite bleibt ungestört. Ein wesentlicher Vorteil des Projektes besteht darin, daß es die notwendigen Eingriffe auf einen Punkt konzentriert, während beim Entwurf - angesprochen der Entwurf Falkner - an zwei Stellen des Stadtgebietes Veränderungen vorgenommen werden. Die Verbindung zur Ennsleite ist zwar nicht ausdrücklich gefordert, aber ein äußerst wünschenswerter Beitrag zur Gutachteraufgabe. Abschließend sei nochmals darauf hingewiesen, daß unglücklicherweise das als Nahverkehrsdrehscheibe in die öffentliche Diskussion eingegangene Verkehrsbauwerk - und das war das erste Modell, wenn sie sich erinnern können von einem Verkehrsplaner - nur in der ursprünglichen Form vor dem Gutachten der Architektenbewertung den Namen überdimensionales Verkehrs-bauwerk, verdiente. Der Entwurf Schmid belegt, daß es Möglichkeiten gibt, daß großmaßstäbliche und unintegrierbare des ursprünglichen Entwurfes zu überwinden, auch wenn die Vorgaben der sogenannten Planungsparameter eingehalten werden. Bei weiterer Durcharbeitung des Projektes werden einige Unvollkommenheiten in gestalterischer Hinsicht zweifellos noch verbessert werden können.“ Ich glaube, es ist ein sehr fundiertes Gutachten über das Bahnhofsparkdeck, und ich wünsche mir für die Stadt, die Möglichkeit weiterer Parkplätze und vor allem für die Realisierung unseres Verkehrskonzeptes, daß es bald in Angriff genommen wird. Es hat lange gedauert. Seit Mitte 1994 liegt das Projekt ausschreibungsreif vor, und es ist immer blockiert worden von der Bundesbahn. Nun ist nach engen, langen und endgültigen Verhandlungen der Vertrag unterzeichnet und die Ausschreibungsarbeiten im Gange. Dann werden wir sehen, was es wirklich kostet. Die Teuerungen, die angesprochen wurden von Hrn. Dr. Pfeil, sind großteils auf Sondernutzungen und Sondereinrichtungen der Bundesbahn zurückzuführen und wurden zum Teil in den Vorgesprächen mit den Leuten des Bauamtes wieder ausgeräumt. Wieviel es wirklich kosten wird, werden wir erst wissen, wenn die Kostenvoranschläge auf dem Tisch liegen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was mich interessiert ist, gibt es ein aktuelles Modell zur Ansicht. Ein aktuelles, wie es jetzt gebaut wird, weil das wäre ja das Entscheidende, daß sich der GR und die Bauausschußmitglieder damit auseinandersetzen können. Das alte Modell ist ja oftmals umgeplant worden.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ein aktuelles Modell? Das Modell ist sicher nicht verändert worden, aber die Pläne die Pläne sind sicher da.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bei so einem Projekt wäre es schon gut, wenn man ein Modell hätte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. GAL-Fraktion bitte. Herr GR Vanek bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

An und für sich sind auch wir dafür, daß das Projekt so schnell wie möglich realisiert wird. Es ist die Frage, ob, wenn die Vorschläge vom Koll. Pfeil irgendwie umgesetzt werden sollten, ob da nicht - das hat der Hr. Bürgermeister schon angesprochen - ein gravierender Bauverzug zustande kommt, wenn man sozusagen das jetzt wiederum diskutiert. Ich gebe ihnen schon Recht, Hr. Dr. Pfeil, daß man da irgendwie also mich persönlich interessiert es schon zu wissen, wie das jetzt wirklich aussieht, weil an und für sich das Problem meines Erachtens nicht zu sehr im Parkdeck liegt, sondern in der Tankstelle, die da im Nahbereich errichtet wird, die ja meines Erachtens für die Stadtbildprägung ein größeres Problem ist. Hier müßte man schon darüber diskutieren, ob jetzt diese Tankstelle in dieser Art so gebaut werden soll.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL verläßt um 17.04 Uhr die Sitzung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gerade die Tankstelle ist vom Gestaltungsbeirat positiv beurteilt worden. Ich möchte das nur bemerken, daß das so ist.

Also das Thema ist behandelt worden. Gibt es ein Thema bei der ÖVP? Nein! Ein Thema bei den Grünen? Nein!

Wünscht man ein neues Thema anzusprechen? Nicht der Fall. Dann meine Damen und Herren sind wir tatsächlich am Ende. Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG UM 17.06 UHR

VORSITZENDER:

Bgm. Hermann Leithenmayr eh.

PROTOKOLLPRÜFER:

GR Walter Gabath eh.

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist eh.

PROTOKOLLPRÜFER:

GR Engelbert Huber eh.

PROTOKOLLFÜHRERIN:

Heidi Wagner eh.